

Rede

JAHRESHEFTE
DER UNIVERSITÄT FREIBURG I. B.
1921/22

I

Öffentliche Feier
der
Übergabe des Rektorats
am 13. Mai 1922

Rede des antretenden Rektors
GEH. HOFRAT
PROFESSOR DR. FELIX RACHFAHL
Bismarcks Englische Bündnispolitik

Bericht des abtretenden Rektors
GEH. HOFRAT PROFESSOR DR. OSKAR DE LA CAMP

Freiburg i. Br.
Druck von C. A. Wagner Buchdruckerei A.=G.
1922

1. Radfahl: Bismarcks Englische Bündnispolitik . . . S. 1–27
2. de la Camp: Bericht S. 27–36

Rede des antretenden Rektors
GEH. HOFRAT PROFESSOR DR. FELIX RACHFAHL
Bismarcks Englische Bündnispolitik.

Dreierlei Richtlinien, so hat mein hochverehrter Herr Amtsvorgänger ausgeführt, als er vor einem Jahre hier auf derselben Stelle stand wie ich heute, müßten den antretenden Rektor bei der Auswahl des Themas für seine Einführungsrede leiten: es müsse erstens dem Bereiche seiner Disziplin und seinem eigenen Arbeitsgebiete entstammen; es müsse sodann in Fragestellung, Darstellungsfähigkeit und Belehrungsinhalt des Interesses eines größeren Zuhörerkreises gewiß sein, und endlich solle es Beziehungen theoretischer und praktischer Art zu den drängenden Fragen und drückenden Sorgen des Tages enthalten.

Die Wahrheit dieser Worte liegt so auf der Hand, daß sich jeder Zusatz erübrigt, und ich kann nichts Besseres tun, als dem darin liegenden guten Rate für die Amtsnachfolger als deren erster willig Gehör zu geben. So habe ich mich denn entschlossen, in dieser Stunde einen Überblick über die englische Bündnispolitik des Fürsten Bismarck zu bieten. Es ist ein Gegenstand, der dem Kreise der Studien entnommen ist, die mich in den letzten Jahren besonders beschäftigt haben, nämlich der Vorgeschichte des Weltkrieges, er entbehrt bei der Wichtigkeit, welche die Abwandlungen des deutsch-britischen Verhältnisses in den letzten Jahrzehnten für die weltpolitische Entwicklung und den Ausbruch des Weltkrieges gehabt haben, gewiß nicht des allgemeinen Interesses, und darin liegt auch bereits die Erfüllung des letzten der drei erwähnten Postulate beschlossen, nämlich die wissenschaftliche und praktische Beziehung zu den drängenden Fragen und drückenden Sorgen des Tages. Denn wenn man der Historie überhaupt einen Nutzen für die Gegenwart zuschreiben will, insofern man aus ihr lernen könnte, wie jeweils die Staatsgeschäfte zu führen seien (und das haben die wahrhaft großen Staatsmänner des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert, ein Stein und ein Bismarck, stets anerkannt und sich ebendeshalb in die Geheimnisse der Vergangenheit versenkt, um darnach die Zwecke und die Mittel der eigenen Politik mindestens zu regulieren), so wird die Kenntnis des Problems, das uns heute beschäftigen soll, vielleicht nicht ganz unfruchtbar für das Urteil darüber sein, was den Bedürfnissen der aktuellen Lage und der Zukunft entspricht. Für die Staatskunst gilt das gleiche wie

für die ärztliche Kunst: nur eine genaue und tief eindringende Diagnose ist imstande, die wirklichen Wurzeln der Übel aufzudecken, welche sie zu heilen berufen ist, — das aber ist eine Aufgabe, für deren Lösung sie die Hilfe der Historie braucht: Geschichte ist gleichsam erstarrte Politik, Politik werdende Geschichte. Und für den Gegenstand, den wir nunmehr zu behandeln gedenken, sind die günstigsten Bedingungen insofern gegeben, als für ihn ganz neuerdings Quellen allerersten Ranges; sowohl von deutscher als auch von englischer Herkunft, erschlossen worden sind, denen zufolge die auswärtige Politik des großen Kanzlers in den siebziger und achtziger Jahren jetzt wie ein aufgeschlagenes Buch vor unseren Augen liegt; sie gewähren uns die Möglichkeit, unser Thema mit einer Sicherheit zu ergründen, durch die es der Sphäre des Hypothetischen und Problematischen entrückt wird, so daß sich ein wenigstens in den Hauptzügen befriedigendes und erschöpfendes positives Ergebnis ermitteln läßt.

* * *

Nachdem Bismarck in dem großen siebenjährigen Kriege (als einen solchen darf man nämlich den Komplex der deutschen Geschichte von 1864 bis 1871 auffassen, da die Zwischenzeit vom Prager Frieden bis zum Beginn des Kampfes mit Napoleon III., von höherer Warte aus betrachtet, nur als eine Art von Waffenstillstand erscheint, demzufolge die bereits 1866 drohende französisch-deutsche Auseinandersetzung lediglich um einige Jahre verschoben wurde) die deutsche Einheit und die Begrenzung des neuen Reiches gegen Dänemark, Österreich und Frankreich erstritten hatte, setzte sich seine auswärtige Politik nur noch ein einziges Ziel, — das war die Erhaltung des Friedens. In den ganzen zwei Jahrzehnten, da er noch am Steuerruder stand, hat er diesen Kurs aufs strengste eingehalten, hat er nie auch nur einen einzigen Augenblick den Krieg betrieben oder andere zum Kriege getrieben. Wohl gab es in der europäischen und in der gesamten Weltpolitik schwierige und verwickelte Situationen, in denen der Ausbruch von Feindseligkeiten unvermeidlich erschien und auch war; da hat der Kanzler stets alles getan, um wenigstens den Krieg für Deutschland unschädlich zu machen und zu lokalisieren, damit nicht ein allgemeiner Weltenbrand entstehe, der das eigene Vaterland in Mitleidenschaft ziehe. Alle Gewitter, die am politischen Horizont aufzogen, trachtete er zu zerstreuen. Wohl mochte ihn ihre Entladung mitunter als eine Entspannung der drückenden Atmosphäre an und für sich um so wünschenswerter dünken, als Deutschland dadurch gar nicht berührt zu werden brauchte, als es sogar dadurch einen mittelbaren Vorteil haben konnte, da voraussichtlich dadurch

ein unruhiger und gefährlicher Nachbar, wie etwa Rußland, auf absehbare Zeit ausgeschaltet wurde, — wie gern er es auch hie und da gesehen hätte, wenn die andern gegen einander losgegangen wären, er hat nie den leisesten Versuch gemacht, die Flamme zu schüren und die Widersacher gegeneinander zu hetzen: wenn sie es wünschten, und auch selbst dann, wenn das nicht der Fall war, war er redlich bemüht, zwischen ihnen zu vermitteln, das Feuer in seinen ersten Funken zu ersticken. Gelegentlich hat er mit dem Säbel gerasselt, nicht aus frivoler Freude daran, oder weil er ihn wirklich ziehen wollte, sondern um die fremde Kampfeslust zu dämpfen, wenn er sich solcher besorgte. Stets hielt er die militärischen Kreise in seinem Lande, wenn sie die Lage politisch so unerträglich und zugleich militärisch so günstig empfanden, daß sie zum Losschlagen bereit waren, mit überlegener Autorität in Zwing und Bann, und den Präventivkrieg, dem jene zu huldigen geneigt waren, verurteilte er aufs schärfste. Nicht weniger streng ging er jeder Provokation aus dem Wege, die Deutschlands Rivalen und Gegnern gerechten Grund zu Anstoß und gewaltsamem Ansturm wider Deutschland bieten konnte; er gewährte ihnen freien Spielraum für ihren unersättlichen Ehrgeiz und ihre gierige Machtexpansion in den übrigen Weltteilen, damit Europa befriedet bleibe. Mit fester Faust griff er dem Rade in die Speichen, wenn es dem Abgrunde blutiger Wahlstatt entgegenrollen wollte, und gerade darin bewährte sich seine unvergleichliche Staatskunst, daß er es verstand, die Dinge so zu leiten, daß sie sich nicht insoweit verschärften und zuspitzten, daß der Appell an die Waffen nicht mehr zu umgehen war. Stark, aufrecht und wohl gerüstet wollte er die Nation sehen, damit der Feind es nicht wagen dürfe, ihre Ehre, Sicherheit und Wohlfahrt anzutasten; vom cauchemar des alliances gequält, wie ihm seine Widersacher mit wohlfeilem Spott nachsagten, strebte er darnach, antideutsche Koalitionen im Keime zu unterdrücken, und wenn sie im Begriff waren, sich zusammenzuballen, wieder zu sprengen. Selber baute er dagegen durch Verträge, Allianzen und Ententen ein gewaltiges Defensivsystem aus, das die Mitte unseres Erdteiles zu einer, wie es schien, unangreifbaren und unüberwindlichen Bastion des Friedens zusammenschloß, welche ihre Flanken und Außenwerke zeitweise bis weit gen Osten und Westen hinaus vorschob, das moskowitzische Reich und das seeumspülte Albion in sich einbezog. So war er in Wahrheit ein Fürst des Friedens, wie ihn die Weltgeschichte noch nie erblickt hatte. Im Herbst 1887 weilte Crispi bei ihm in Friedrichsruh, als diesem das Album der Gäste daselbst zur Einzeichnung vorgelegt wurde, trug der Italiener die Worte ein: »Dem Heim der Vaterlandsliebe, in dem man über den Frieden Europas wacht, dies zu meinem

Angedenken.« Bismarck las die Zeilen des Besuchers und rief feierlich aus: »Ew. Exzellenz haben meine Absichten richtig aufgefaßt. Ich arbeite für die Erhaltung des Friedens und lebe für nichts anderes. . . . Wir haben genug für den Krieg getan, wirken wir jetzt für den Frieden, und wirken wir vereint.« Er gemahnt in diesem Augenblicke an einen andern Großen der deutschen Geschichte, an den geborenen Tschechen Albrecht von Wallenstein, der, gleich ihm fälschlich oft als eine bloße Verkörperung kriegerischer Gewaltpolitik angesehen, zum Ende seines tatenreichen Lebens dem hohen Plane nachhing, seinem Kaiser zum Trotze dem Deutschen Reiche wieder den Frieden zu schenken und darüber den Untergang fand, der auf dem Krankenlager, von Schmerzen gepeinigt, dem glühenden Verlangen, das seine Brust erfüllte, durch die Worte Ausdruck gab: »O Fried, o Fried, o Fried!« So aufrichtig, wie damals diesem, so war es Bismarck zweiundeinhalbes Jahrhundert später mit der Beteuerung des Friedens als des erhabensten Ideales seiner Politik. Wahrlich, wohl und gut verwahrt befanden sich damals die Fürsten und Völker Deutschlands unter der wachsamen Hut ihres getreuen Eckhardt. Groß, reich, gefürchtet und bewundert standen wir da vor aller Welt, in der Niedrigkeit, Armut, Ohnmacht und Verachtung, zu der wir jetzt verdammt sind, mutet uns die Erinnerung an diese Glanzzeit deutschen Wesens wie ein verlorenes Paradies an, — wird sich die Pforte, die wieder dahineinführt, für uns noch einmal auftun?



Wollte Bismarck den Frieden für Deutschland und Europa, so wollte er ihn auf der Basis des Frankfurter Friedens: das einst geraubte Glied des alten Römisch-Deutschen Reiches, die nunmehr wiedergewonnene Westmark, sollte für immer und ewig beim Körper der deutschen Nation verbleiben. An dem Zustande, wie er jetzt in Europa geschaffen war, nahm einzig und allein Frankreich Anstoß, daher war es Bismarcks Aufgabe, Deutschland gegen Frankreichs Rache, Elsaß-Lothringens Bestand beim Reiche zu sichern. Diesem Zwecke sollte das »Dreikaiserbündnis« von 1872/73 mit Rußland und Österreich-Ungarn dienen. Nur allzuschnell offenbarte es sich jedoch, daß diese Kombination auf einer brüchigen Grundlage beruhte. Österreich und Rußland strebten beide nach Vergrößerung auf dem Balkan, und indem zumal Rußland um die Mitte der siebziger Jahre seine traditionelle Balkanpolitik wieder aufnahm, seine Blicke wieder auf Konstantinopel und die Meeresengen warf, war der Keil in die Dreikaiserentente getrieben. Von zwei Seiten war der Frieden nunmehr in Europa bedroht, durch die

französische Revanche und durch den russisch-österreichischen Balkan-
 gegensatz; zwei große Probleme waren es nunmehr, mit denen sich
 Bismarcks Staatskunst auseinandersetzen mußte, die elsässisch-lothringische
 und die orientalische Frage: beide griffen ineinander über, verschlangen
 und verketteten sich aufs engste. Nur vom ersten ward Deutschland
 unmittelbar berührt; aber es konnte sich auch den Einwirkungen des
 zweiten keineswegs entziehen. Bald durfte sich Bismarck nicht der Er-
 kenntnis verschließen, daß er sich über kurz oder lang genötigt sehen
 würde, zwischen den beiden bisherigen Freunden zu wählen, die jetzt
 miteinander in Feindschaft zu geraten begannen, und er hatte Bedenken,
 für Rußland zu optieren. Zwar hatte gerade der Zar Alexander II.
 durch seine wohlwollende Haltung beim Anfange des Krieges von 1870,
 indem er Österreich im Zaume hielt, zum Siege Deutschlands über
 Frankreich wesentlich beigetragen; aber jetzt neidete man in St. Peters-
 burg dem neuen Reiche die imposante Stellung, die es seitdem besaß,
 und man zeigte eine unverhohlene Hinneigung zu Frankreich. Insonder-
 heit war es der russische Reichskanzler, der Fürst Gortschakow, unter-
 stützt darin durch die slawophilen Elemente in der russischen Gesellschaft,
 der sich Frankreichs annahm. Im Frühjahr 1875 tauchte vorübergehend
 zwischen Deutschland und Frankreich eine Kriegsgefahr auf, die so-
 genannte »Krieg=in=Sicht=Krisis«. Dabei lieferte Gortschakow unzwei-
 deutige Beweise dafür, daß er Anknüpfung mit anderen Mächten, zu-
 mal England, gegen Deutschland suchte, daß er sie für Frankreich und
 gegen Deutschland scharf zu machen trachtete; persönliche Rivalität mit
 Bismarck, Neid und Eitelkeit spielten dabei eine große Rolle. Jedenfalls
 gewann Bismarck den Eindruck, daß in einem künftigen deutsch=franzö-
 sischen Kriege auf Rußland kein Verlaß mehr sei; auf keinen Fall durfte
 er daher in dem kommenden Balkankonflikte Österreich den Russen
 preisgeben. Denn wenn die Donaumonarchie erledigt war, so stand
 Deutschland allein zwischen den ihm ungünstig gesinnten, einander zu-
 strebenden Nachbarn im Osten und Westen; das hieß, es war dann
 ganz in das Belieben der Russen gestellt, ob sie den Franzosen, die zur
 Revanche stets bereit waren, freie Hand gegen Deutschland lassen wollten;
 Deutschland war dann Rußland auf Gnade und Ungnade preisgegeben
 und konnte sich nicht mehr regen und rühren. Aus Gründen des euro-
 päischen Gleichgewichtes mußte daher in Deutschlands eigenstem Inter-
 esse Österreichs Existenz und Großmachtstellung unversehrt gewahrt
 bleiben; m. a. W.: Bismarck konnte in der Orientfrage nicht für Ruß-
 land, sondern nur für Österreich optieren, und diese wurde noch im
 Laufe des Jahres 1875 akut; indem in Bosnien und in der Herzego-
 wina gegen die türkische Herrschaft ein Aufstand ausbrach, hinter dem

die russisch=panslawistische Agitation steckte, und der das Einschreiten der Mächte erheischte.

In dieser peinlichen Situation war es, daß in Bismarck zum ersten Male der Wunsch nach einem Bündnisse mit Großbritannien erwachte. Dort war damals Disraeli, bald darauf zum Lord Beaconsfield erhoben; zum letzten Male am Ruder; das Außenministerium hatte unter ihm Lord Derby inne, ein Staatsmann von mäßigen Gaben, schon wegen persönlicher Beziehungen zum Botschafter Grafen Schuwalow stark unter russischem Einflusse stehend. England war zum Anfange der siebziger Jahre auf dem tiefsten Niveau politischer Bedeutungslosigkeit angelangt; Disraelis Sinnen und Trachten war darauf gerichtet, das Ansehen seines Staatswesens wieder zu heben, und auch er fühlte sich durch Deutschland eingeengt. So beteiligte sich denn das Londoner Kabinett an den anti-deutschen Intriguen Gortschakows im Frühjahr 1875 mit einem derartigen Eifer, daß es wenigstens in einem bestimmten Stadium der damaligen Krisis als fraglich erscheinen durfte, welche von den beiden Mächten sich eigentlich im Mittelpunkte des Kesseltreibens gegen Deutschland befand. Nachher, als sie abflaute, wollte es keine von den beiden gewesen sein, und jede behauptete, von der anderen verführt worden zu sein. Lord Derby trat einen völligen Rückzug an, der so weit ging, daß er dem Grafen Münster, dem deutschen Botschafter, die feierliche Versicherung erteilte: England habe nur das eine Interesse, in Europa den Frieden zu erhalten, und dafür gebe es keine bessere Garantie als ein starkes Deutschland; mit Deutschland habe England keinerlei divergierende Interessen; mit Frankreich sei das anders, und kein ruhiger und verständiger Engländer könne sich der Überzeugung verschließen, daß ein zu mächtiges Frankreich naturgemäß für England gefährlicher sein müsse, als ein kräftiges Deutschland. Er bedauere deshalb die momentane Verstimmung lebhaft und hoffe, daß die guten Beziehungen, das beste Einvernehmen und Vertrauen zwischen beiden Ländern sich bald wiederfinden und immer mehr befestigen würden.

Kein Zweifel konnte darüber obwalten, daß diese Äußerungen Derbys aufrichtig gemeint waren und daß er seine letzte diplomatische Kampagne gegen Deutschland selber nicht für eine glückliche hielt. Die Eintracht zwischen Berlin und London war wiederhergestellt; und die weltpolitische Konstellation war derart, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen schien, das deutsch=britische Einvernehmen könnte sich, um Derbys Worte zu gebrauchen, so festigen, daß daraus ein dauerndes Zusammengehen, vielleicht sogar ein vertragsmäßiges Verhältnis erwachse. Denn durch die jetzt zutage tretenden Balkanaspirationen Rußlands wurde England nicht minder betroffen wie Österreich; noch galt es damals in

London als ein unumstößliches Axiom, daß Konstantinopel, der Schlüssel für das Tor zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer, nicht in die Gewalt Rußlands fallen dürfte. Was lag daher näher als der Gedanke, bei dem gleichen Gegensatze gegen Rußland Deutschland und England unter einen Hut zu bringen, zumal da man des Beitrittes Österreichs ohne weiteres gewiß sein durfte? So ging denn in Bismarck der Plan eines deutsch-britischen Bündnisses auf. Nach Mitteilungen, welche sowohl Fürst Münster als auch Fürst Herbert Bismarck später verschiedentlich machten, ist anzunehmen, daß die Demütigungen, welche Gortschakow im Frühjahr 1875 dem deutschen Kanzler zugefügt hatte, auf diesen Entschluß nicht ohne Einfluß waren, — hatte doch der Russe damals den Kanzler als Friedensbrecher, sich selbst aber im Lichte eines Friedensengels, des Retters der Ruhe für Europa und die ganze Welt hinzustellen versucht. Bismarck hat ihm diesen bösen Streich nie vergessen, und er war, wie einmal mit Recht gesagt worden ist, ein Hasser, der erlittene Kränkungen mit Zinsen heimzuzahlen pflegte.

Mitte Dezember 1875 erschien plötzlich Bismarcks vertrautester Mitarbeiter, Lothar Bucher, in London, um hier in streng geheimer und unoffizieller Form zu sondieren, ob ein deutsch-englisches Bündnis defensiver Natur, das, wie wir hören, gegen Rußland und Frankreich gerichtet, sein, d. h. England gegen die russischen Bosphoruspläne sichern, Deutschland den Besitz von Elsaß-Lothringen garantieren sollte, überhaupt möglich wäre. Nach wiederholter Aussage des Grafen Paul Hatzfeldt, der in der Folgezeit Münsters Nachfolger in London wurde, verband der Kanzler mit der Mission Buchers noch einen andern großen Zweck, nämlich mit Hilfe Englands ein weitgehendes Kolonialprogramm aufzustellen und in Angriff zu nehmen. Nur widerwillig ist der Schöpfer von Kaiser und Reich an die Kolonialpolitik herangegangen, weil er in einer solchen ohne die Rückendeckung Großbritanniens eine Gefahr für das neue Reich erblickte; daher glaubte er, dazu der englischen Genehmigung zu bedürfen, da er zu den kontinentalen Bedrängnissen Deutschlands nicht auch noch die Feindschaft Albions zur See riskieren wollte. So hatte denn Bucher auch noch den Auftrag, »das englische Kabinett über die für Deutschland in Zukunft notwendige koloniale und wirtschaftliche Ausdehnung aufzuklären und zu versuchen, einen Modus der Zusammenarbeit mit England in dieser Richtung zu finden«. Wir wissen nicht, welches Feld der kolonialen Betätigung Bismarck zu jener Frist für Deutschland in Aussicht nahm. Man könnte an die Südsee und die noch unaufgeteilten Gebiete Afrikas denken, für England an den näheren Orient, nämlich an das für den Weg nach Ostindien wichtige Ägypten, das eben jetzt in der Bismarckschen Politik als Objekt für

Großbritannien auftauchte, sowie an Mittelasien, wo bereits der Konflikt mit Rußland lauerte.

Es war eine Politik von kühnem Schwunge und großartiger Initiative, genial konzipiert; wäre sie in London auf Verständnis und Entgegenkommen gestoßen, so wäre der Gang der Weltgeschichte ein anderer geworden: Rußland wäre das Vordringen im näheren Orient und in Zentralasien verwehrt worden; Deutschland wäre an Stelle Frankreichs, dessen neue überseeische Expansion damals noch nicht eingesetzt hatte, die zweite Kolonialmacht Europas geworden und hätte sich im Besitze von Elsaß=Lothringen behauptet; einer deutsch=britischen Koalition war eine französisch=russische Gegengruppe, auch wenn sich eine solche gebildet hätte, schlechterdings nicht gewachsen, zumal da Österreich=Ungarn voraussichtlich wegen seines Balkangegensatzes zu Rußland eine Annex nicht der zweiten, sondern der ersten von diesen beiden Kombinationen geworden wäre. Aber es war damals noch das oberste Leitmotiv der britischen Politik, sich die freie Hand zu wahren und festländische Allianzen zu vermeiden, — das Prinzip der splendid isolation; und der kleinlich=engherzige, mißtrauische Lord Derby war der letzte, der imstande gewesen wäre, das englische Staatsschiff in einen ganz veränderten Kurs zu steuern. Graf Münster wußte genau, daß Großbritannien noch nicht bündnisreif war. Er warnte Bucher dringend, irgendwelche Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Der schlug jedoch den gutgemeinten Rat in den Wind, offenbar weil er vom Kanzler allzu bestimmte Weisungen hatte, und er holte sich einen ordentlichen Korb. Wie ernst es gleichwohl dem Fürsten Bismarck mit seinen Liebeswerbungen um Albion war, das erhellt schon daraus, daß er sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken ließ, sondern sofort einen abermaligen, und zwar nunmehr hochoffiziellen Vorstoß wagte, dem freilich kein glücklicherer Ausgang beschieden war.

Wenn die Balkanfrage die beiden Kaisermächte des Ostens entzweite, so ist das nicht so zu verstehen, als ob mit einem Male plötzlich und offensichtlich der Riß zwischen Rußland und Österreich geklafft hätte. Zeitweise sind sie zunächst sogar noch eine Strecke zusammengegangen; sie haben darnach getrachtet, sich für den Augenblick, vielleicht auch sogar dauernd zu vertragen, — alle diese Versuche sind allerdings schließlich immer wieder gescheitert. Rußland hat sich mitunter bemüht, die Donaumonarchie für seine eigenen Zwecke als Vorspann zu benützen, sie gegen die Pforte auszuspielen, ihr den Vortritt bei schärferem Vorgehen nach Möglichkeit zuzuschieben, zumal wenn es sich darum handelte, den Sultan durch Forderung von Reformen für die Balkanchristen in Verlegenheit zu setzen. In einem derartigen Stadium befand

sich die Orientkrise um die Jahreswende 1875/76. Am 30. Dezember erließ Andrassy in Wien an die Pforte die sogenannte »Reformnote«, die von der ottomanischen Regierung eine gründliche Besserung der Zustände in Bosnien verlangte. Rußland und Österreich waren damals äußerlich einig, England war indes nicht für solche Strenge in der Tonart gegen die Türken, und Bismarck war geneigt, auf die britische Seite zu treten. Am 3. Januar 1876 hatte er eine längere Unterredung mit dem Botschafter Odo Russel: Deutschland sei, so führte er darin aus, an der orientalischen Frage nicht interessiert und wolle sich damit begnügen, seinen Freunden seinen Einfluß zur Verfügung zu stellen. Er bedauere, daß Großbritannien davon nicht profitieren zu wollen scheine, es sei etwas unheimlich, wenn man von diesem Lande, das doch im Orient so weit engagiert wäre, keinerlei Meinungsäußerung höre. Deutschland, dem das Schicksal der Bosniaken ganz gleichgültig sei, habe jetzt akzeptiert, worüber sich seine Freunde, nämlich Rußland und Österreich, geeinigt hätten, aber diese Vorschläge, d. h. die Reformnote Andrassys, würden die Sache schwerlich zu praktischer Ordnung führen, beantworteten keinesfalls alle Fragen, welche vorlägen oder durch sie heraufbeschworen werden würden. Der Botschafter verhielt sich gegen diese Eröffnungen ziemlich reserviert. Er deutete leise an, daß die englische Zurückhaltung gegen Deutschland vielleicht mit der Wirkung der Verlegenheit zusammenhänge, die in London von den hier im Mai gemachten faux pas, d. h. von der Kriegs=in=Sicht=Affäre, übriggeblieben sei, und erklärte: Im Grunde habe England auf seine traditionelle Balkanpolitik verzichtet, es werde nur noch sehr wenige Parlamentsmitglieder geben, welche jetzt noch ein Abenteuer gleich dem Krimkriege gutheißen möchten, ein Lebensinteresse habe Großbritannien nur noch an der Sicherheit seiner Verbindung mit Indien. Als die für England vielleicht am wenigsten unerwünschte Lösung der Schwierigkeiten, welche die Insurrektion in Bosnien und in der Herzegowina biete, bezeichnete Russel die Okkupation und sogar Annexion dieser Gebiete durch Österreich=Ungarn: an den türkisch=slawischen Provinzen sei England weder kommerziell noch auch politisch sonderlich viel gelegen, es habe Interessen solcher Art erst jenseits des Balkans, d. h. an den Meeresengen. Beiläufig wurde dabei erwähnt, offenbar durch Bismarck, daß sich dann, wenn Österreich, trotz des bisherigen Widerstrebens der Ungarn, auf den Weg der bosnischen Annexion getrieben würde, die russische Regierung nach Kompensationen umsehen könnte: um seinen Ruhm als Wiederhersteller dessen, was Rußland im Krimkriege eingebüßt habe, vollständig zu machen (schon war ja durch die Londoner Pontuskonferenz von 1871 die im Pariser Frieden von 1856 beschlossene Neutralisierung des Schwarzen Meeres

aufgehoben worden), denke Fürst Gortschakow vielleicht daran, das damals (1856) abgetretene Stück von Bessarabien zurückzugewinnen, — wie es ja nachher auch tatsächlich geschah; dadurch würde Rumänien die Donaumündungen verlieren: »ein Verlust, der für Deutschland bedenklicher sei als für England, da unser Handel dort bedeutender ist«. Mit lebhaftem Danke kam Russel der Annäherung entgegen, die in den Eröffnungen Bismarcks enthalten war; der Kanzler ging dabei von der Überzeugung aus, »daß die Engländer, sua bona si norint, kein größeres politisches Interesse auf dem Kontinent hätten, als die Existenz eines mächtigen und friedlichen Deutschlands und ihre guten Beziehungen zu demselben«, — das war der gleiche Grundton, wie ihn vor etwa einem Jahre Derby angeschlagen hatte. Charakteristisch genug lenkte sich das Gespräch auch auf Englands Stellung in Ägypten. Bismarck berührte dabei Derbys allzu passives Verhalten zu den daselbst spielenden Verwicklungen und Wirren, Russel stimmte ihm bei und äußerte, »Disraeli werde im Parlament wohl wieder mehr Entschiedenheit hineinbringen und die eigene Leistung mutiger beurteilen und vertreten«.

Soweit der offizielle Bericht, den der Kanzler an den Grafen Münster zur Information schicken ließ. Er gab diesem nicht etwa den Auftrag, darüber in London zu verhandeln; er erwartete vielmehr augenscheinlich, daß das britische Kabinett Russel zu weiterer Aussprache über die also angeregten Punkte ermächtigen werde. Aus eben diesem Umstande erklärt es sich, daß er Münster nicht in die ganze Tragweite seines Vorhabens einzuweihen brauchte, — daß es sich um einen förmlichen Bündnisvorschlag handelte, ist aus seinen Mitteilungen an Münster an sich noch nicht zu erschließen, wohl aber daraus, daß man die Sache in London auf Grund der begleitenden Erläuterungen Russels so auffaßte, und daß es sich tatsächlich so verhielt, wird auch durch spätere Vorgänge bewiesen. Bei Gelegenheit einer Negoziation, die in gleicher Tendenz drei Jahre später (im Herbst 1879) statthatte, erinnerte Münster im Auftrage Bismarcks den nunmehrigen Lord Beaconsfield daran, wie er bereits Anfang 1876 durch Russel eine Allianz proponiert habe: Derby habe das jedoch nicht allein abgelehnt, sondern auch seinen Kollegen mit der Erklärung zur Kenntnis gebracht, daß man sich zurzeit nicht darauf einlassen könne. Das Kabinett unterbreitete »den Wunsch des Fürsten Bismarck nach einem freien und vorbehaltlosen Meinungs-austausch über die orientalische Frage« (natürlich mit allen Konsequenzen, die sich daran knüpfen konnten) der Königin Viktoria; diese sprach sich insofern dafür aus, als der Beistand des Kanzlers, wenn es gelte, die britischen Ziele in der orientalischen Frage zu befördern, unter gewissen Umständen von unschätzbarem Werte sein möchte. Derby riet

darauf, die Eröffnungen des Fürsten in demselben Geist herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen, in welchem sie gemacht zu sein schienen. Daß ihm aber das, worauf es dem Kanzler letzten Grundes ankam, keineswegs entging, erhellt daraus, daß er hinzufügte: er müsse gleichwohl fürchten, daß der Kanzler damit mehr beabsichtigt habe, als zunächst in die Augen springe; wenn er an die Ereignisse des letzten Frühjahres denke, so könne er kein volles Vertrauen in des Kanzlers Friedensliebe setzen, und er wolle doch noch erst klarer zusehen, was Bismarck als Gegenleistung von England für das verlange, wozu er bereit sei. M. a. W.: er besorgte, daß Bismarck für den Beistand, den er England auf dem Balkan bringen wollte, ein Bündnis mit Bedingungen fordern werde, auf Grund deren es in einen Kampf mit Frankreich verstrickt werden könnte. Andererseits wollte er Bismarck nicht durch einfache Ablehnung vor den Kopf stoßen, so ließ er sich denn dahin hören, daß diese seine notwendigen Vorbehalte nicht störend auf die deutschen Vorschläge einzuwirken brauchten, und zu dem Grafen Münster sagte er: Seitdem er Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sei, habe er noch keine Nachricht empfangen, die ihm angenehmer gewesen sei und über die er größere Befriedigung empfunden habe; er hege für Bismarck eine aufrichtige Bewunderung und er halte das Zusammengehen Englands mit Deutschland für die allein richtige Politik; es seien die einzigen Staaten, bei denen er wirklich divergierende Interessen nicht finden könne.

Das waren »schöne Worte«, und sie wurden in der nächsten Zeit noch öfters wiederholt; aber an solchen war dem Kanzler nichts gelegen. Mancherlei wurde zwischen Disraeli und Derby erwogen und erörtert; ob und inwieweit sie Bismarck vertrauen und entgegenkommen könnten; Mitte Februar resolvierte sich der Premierminister dahin: wenn eine gemeinsame politische Aktion zwischen England und Deutschland zustande käme, wie Bismarck sie andeute, die den britischen Absichten und zugleich den Gefühlen und Überzeugungen beider Länder entspreche, so würde die große Gefahr eines allgemeinen oder weiter um sich greifenden Krieges unendlich vermindert werden. Aber bei dieser theoretischen Erkenntnis blieb es auch, und der Bescheid, der schließlich von London nach Berlin erging, lautete nicht derart, daß der Kanzler seinerseits zur britischen Politik Vertrauen zu fassen vermochte. Da warf er das Steuerruder herum; er schloß sich der durch die Reformnote Andrassys festgelegten Politik der beiden östlichen Kaiserreiche an, — wie Münster im Herbst 1879 Beaconsfield auseinandersetzte: wäre Bismarcks Bündnisangebot von 1876 akzeptiert worden, so wäre der türkische Krieg von 1877 vermieden worden, nicht minder alle die Verwicklungen, die

Deutschland nunmehr bedrängten, nämlich die Reibungen vornehmlich mit Rußland, denen eben damals (1879) der deutsch-österreichische Zweibund entsprang: »Zurückgewiesen auf sich selbst, mußte Fürst Bismarck sich auf Rußland stützen, und durch die Intervention des Dreikaiserbündnisses, die noch nicht realisiert war¹, sowie durch die wechselseitige Rücksicht auf die beiden Kaiser von Deutschland und Rußland machte der Fürst es möglich, die Dinge vorübergehend in leidliche Ordnung zu bringen.« Die Wendung, welche die deutsche Politik damals in der orientalischen Frage infolge der Ablehnung Englands nahm, spiegelt sich wieder in den Berichten Schuwalows aus London nach Petersburg². Bei seiner Intimität mit Schuwalow hielt nämlich Derby so wenig über die Anträge Bismarcks dicht, daß jener zu melden vermochte: der Leiter der deutschen Politik habe bei Derby ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Frankreich betrieben, der Minister sei jedoch nicht darauf eingegangen, und zwar unter dem Vorwande, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien dagegen sei; darauf habe der Kanzler brüsk seine Sprache geändert, indem er zu verstehen gab, Kaiser Wilhelm und er würden nunmehr den Zaren davon zu überzeugen trachten, daß seine Ehre es erfordere, den Krieg gegen die Türkei zu erklären, und sie würden Alexander wissen lassen, daß er unter zwei Bedingungen auf die moralische Unterstützung Deutschlands zählen dürfe, einmal wenn der Krieg kurz sei, und sodann, wenn sich Rußland von Frankreich trenne. Das waren arge Entstellungen und Übertreibungen, aber es steckte ein Körnchen Wahrheit dahinter.

So war denn der erste Annäherungsversuch Bismarcks an England im Zusammenhange mit der bosnischen Krisis gescheitert; nicht minder mißlang das Unternehmen, die Balkanfrage durch das Mittel des Dreikaiserbündnisses zu lösen. Eine Zeitlang gingen die drei Kaisermächte zusammen; auf die Dauer erwies sich das jedoch bei dem österreichisch-russischen Interessengegensatz als unmöglich; so sah sich Bismarck ge-

¹ Nach dem Memorandum Beaconsfields an die Königin Viktoria vom 27. September 1879 (The life of Benjamin Disraeli von Buckle, VI 1920) gebrauchte Münster hier die Wendung: »by the invention of the alliance of the three Emperors«. Der Herausgeber sieht darin eine kecke Verdrehung der Tatsachen, da ja doch das Dreikaiserbündnis schon 1872 geschlossen worden sei. Daß Münster es versucht hat, in solch plumper Weise Beaconsfield zu täuschen, ist ganz ausgeschlossen. Offenbar liegt eine Flüchtigkeit in der Wiedergabe der Münsterschen Äußerung durch Beaconsfield vor, und zwar dürfte statt invention richtig intervention zu lesen sein, wonach oben übersetzt ist.

² Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles, 1910 S. 339 setzt die Aktion Bismarcks fälschlicherweise in den Zusammenhang der Ereignisse des Frühjahrs 1877; es ist möglich, daß Derby erst 1877 Schuwalow davon erzählt hat.

nötigt, zwischen den beiden Genossen zu wählen. Schon im Sommer 1876 war Rußland so weit, daß es zum Kriege gegen Österreich entschlossen war, wenn sich dieses seinen Balkanplänen widersetzen wollte; da verlangte der Zar, daß Deutschland für ihn und gegen Österreich ganz dieselbe Haltung beobachte, wie er selbst 1870 beim Ausbruche des Deutsch-Französischen Krieges gegen Österreich, nämlich wohlwollende Neutralität mit Androhung bewaffneten Einschreitens. Dazu war Bismarck aber nur dann gewillt, wenn Rußland mit Deutschland einen Defensivvertrag vereinbarte, durch den diesem der Besitz von Elsaß=Lothringen gegen Frankreich garantiert würde. Dafür war Gortschakow hinwiederum nicht zu haben, und so konnte Bismarck Österreich=Ungarn nicht den Russen preisgeben; darin liegt die eigentliche Option Deutschlands für Österreich und gegen Rußland, die das Grab der russisch-preußischen Intimität wurde. Innerlich war jetzt jedenfalls das Band zerschnitten, das beide Staaten drei Vierteljahrhunderte lang vereinigt hatte, und ebenso war die Dreikaiserentente gesprengt, wengleich sich Rußland bei seiner Isoliertheit, da es noch nicht für Frankreich bündnisreif war, sein Verhältnis sowohl zu Deutschland als auch zu Österreich in der Folgezeit äußerlich wiederherzustellen gezwungen sah. Die Konsequenzen der Entscheidung, die der Kanzler damals, Ende 1876, fällen mußte, sind bekannt: der Zar mußte auf den Krieg mit Franz Joseph verzichten, sich auf den mit der Türkei beschränken und sogar dafür die Erlaubnis in Wien durch das Zugeständnis zum Erwerb von Bosnien und der Herzegowina einholen; er mußte es sich weiterhin gefallen lassen, daß ihm der Preis seiner Siege über die Pforte durch den Berliner Kongreß von 1878 zum guten Teile entrissen wurde. Ob mit Recht oder Unrecht, man machte dafür in Petersburg nicht allein England und Österreich verantwortlich, an deren Widerstande man gescheitert war, sondern in erster Linie Deutschland, weil man hier nicht die unbedingte Hilfe gefunden hatte, die man erhoffte und erheischte. Und nunmehr nahm man im Laufe des Jahres 1879 diejenige Haltung gegen Deutschland ein, die Bismarck so bedrohlich dünkete, daß er trotz des heftigsten Widerstrebens seines Herrschers, der die Sachlage diesmal wohl kühler und nüchterner beurteilte, als sein oberster Ratgeber, die Gründung des deutsch-österreichischen Zweibundes mit dem Aufgebote aller seiner Kräfte schließlich durchsetzte.

Es war durchaus richtig, wenn Graf Münster eben damals, im Herbst 1879, Beaconsfield vorhielt: Alle diese Komplikationen hätten sich vermeiden lassen, wenn Derby auf die Erbietungen Bismarcks vom Anfange des Jahres 1876 eingegangen wäre. Hätte sich der Zar 1876 einer festgeschlossenen deutsch-englischen Phalanx im Orient gegenüber

gesehen, der sich auch Österreich, obgleich es einen Augenblick mit Rußland Gemeinschaft gemacht hatte, bei seinem grundsätzlichen Balkan-gegensatze zu Rußland zuzugesellen nicht umhin konnte, so wäre der Frieden erhalten, der moskowitzische Panslawismus eingedämmt und zu Ohnmacht verurteilt worden. Das hätte freilich nicht minder, ja sogar noch viel radikaler, den Bruch zwischen Rußland und Deutschland bedeutet, als die Entwicklung, wie sie tatsächlich erfolgte; es wäre dadurch aber das spätere Lavieren Bismarcks überflüssig geworden, der ja nachher immer wieder die Kluft zu überbrücken trachtete, die durch seine Option von 1876 zwischen Rußland und Deutschland eröffnet worden war: Wenn ihm das zeitweise auch scheinbar gelang, so blieb sie latent doch stets fortbestehen. Zwei Hindernisse waren es, die ein deutsch-englisches Bündnis von Anfang an erschwerten, die freiwillige splendid isolation, in der sich Albion seiner alten Tradition zufolge damals noch gefiel, und die Abneigung der Briten, mit Deutschland einen Vertrag zu schließen, der praktisch gegen Frankreich gerichtet sein, d. h. dem Deutschen Reiche Elsaß-Lothringen garantieren mußte. Und insofern wurde das Hauptziel, das der Bismarckschen Politik nach 1871 vor-schwebte, nicht erreicht, als keine der Großmächte, bei denen der Kanzler deshalb anklopfte, zu einem Traktate auf dieser Grundlage bereit war: ebensowenig wie England wollte sich Rußland dazu verstehen; lieber verzichtete es auf Deutschlands Unterstützung im Orient und gegen Österreich-Ungarn.

Nur im Fluge können wir hier die weiteren Bündnisbestrebungen Bismarcks bei England streifen. Ihr Erfolg hing ja davon ab, ob es gelingen würde, die beiden Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, von denen wir soeben sprachen. Das erste von ihnen war wenigstens zeitweise nicht unüberwindlich. Auf dem Berliner Kongreß im Sommer 1878 fand eine persönliche Annäherung Bismarcks und Beaconsfields statt; jener benutzte die Gelegenheit, als sich zwischen England und Rußland eine starke Spannung erhob, um auf die Allianz zurückzukommen, und dieser begann, sich mit dem Gedanken anzufreunden. Das Thema wurde wiederholt in längeren Gesprächen erörtert, an denen auch Andrassy teilnahm; der britische Premier verhehlte dabei nicht, daß es eine geraume Frist brauchen würde, um das Parlament und die öffentliche Meinung in seiner Heimat allmählich zu gewinnen. Als Bismarck im August 1879 mit Andrassy die Verhandlungen eröffnete, deren Ergebnis mehrere Wochen später der Zweibundsvertrag war, hielt er den Augenblick für gekommen, zu ermitteln, ob und inwiefern jetzt auf den Abschluß einer festen Verbindung auch mit England zu rechnen sei. Die beiden Staatsmänner stimmten im Wunsche überein, Großbritannien

als Dritten zu gewinnen, und so sondierte Graf Münster im Auftrage des Kanzlers, der die Sache aus Besorgnis vor Indiskretionen sogar vor dem Kaiser ganz geheim hielt, Beaconsfield über die Möglichkeit zunächst einer deutsch-britischen Allianz. Von vornherein ließ er dabei durchblicken, daß Deutschland dafür nur gegen Sicherungen in Europa selbst, d. h. gegen Frankreich hinsichtlich der Reichslande, zu haben war. Eben das war der wunde Punkt. Beaconsfield gab zu, daß sein Staat jetzt Allianzen brauche, er fügte hinzu, daß die Königin selbst nunmehr sehnlichst eine Verständigung mit Deutschland gegen Rußland begehre, daß auch der Prinz von Wales, obwohl er sonst eine gewisse Sympathie für Frankreich, mehr noch aber für Französinen, empfinde, in einem Kriege Deutschlands gegen Rußland und Frankreich zusammen auf der deutschen Seite stehen würde, daß im Volke eine Allianz mit Deutschland die populärste wäre, und daß einer solchen auch parlamentarische Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen würden. Aber so viel ging doch aus seinen Ausführungen hervor, daß die Rücksicht auf Frankreich hemmend auf England einwirkte. Zwar versicherte er, Frankreich würde Deutschland niemals angreifen, wenn es sähe, daß das in London als ein casus belli betrachtet werden würde, aber es war nicht zu verkennen, daß er zu einem Einschreiten gegen Frankreich für Deutschland, wenn sich jenes allein rührte, nicht zu haben war, sondern nur für den Fall, daß Deutschland durch seine Unterstützung der britischen und österreichischen Orientpolitik mit Rußland in Konflikt geraten, und daß Frankreich dann Miene machen würde, Deutschland gegenüber die Russen entlasten zu wollen. Das genügte dem Kanzler keineswegs, er kommentierte den darauf bezüglichen Passus des Münsterschen Berichtes lakonisch mit den zwei Worten, die von seiner Enttäuschung zeugen: »Sonst nichts!« Solche Erbietungen waren ihm allzu platonisch-unverbindlich. Er wollte mehr, nämlich reelle Zusagen gegen eine französische Kriegsgefahr in der Form vertragsmäßig festumschriebener Garantien. Er sah, daß Beaconsfield das Bündnis mit Deutschland, wie sehr dieser es auch selbst wünschte, dennoch dahin begrenzt wissen wollte, daß es den britischen und österreichischen Orientplänen Vorschub leiste, ohne daß England dafür mit gleichwertigen Konzessionen im spezifisch deutschen Interesse, d. h. gegen Frankreich, zu zahlen brauchte. Solch mangelhafte Reziprozität war nicht nach seinem Sinn, brüsk ließ er die Negoziation fallen, kaum daß er sie angesponnen hatte, da er sich von ihr nichts Ersprießliches mehr versprach, umsonst gaben sich Beaconsfield und sein neuer Außenminister, der Lord Salisbury, Mühe, sie fortzusetzen. In London nahm man ihm das nicht nur nicht übel, sondern man atmete hier sogar — eben im Hinblick auf Frankreich — erleichtert

auf. Die Königin war von vornherein der Ansicht gewesen, Bismarck dürfe zwar nicht entmutigt werden, England dürfe sich jedoch andererseits nicht Frankreich entfremden; sie sagte jetzt: »Wir sind gut aus der Sache herausgekommen!« Es währte freilich nicht lange, und die Rollen schienen vertauscht. Während Deutschland strengste Zurückhaltung übte, wuchs in London im Zusammenhange mit den Kollisionen der britischen und der russischen Politik in Asien das Bedürfnis nach Anlehnung. Anfang 1880 arbeitete Beaconsfield einen deutsch-englischen Vertragsentwurf aus, ein langes, mit vielen Erläuterungen ausgestattetes Dokument, es enthielt ein mit allerhand Klauseln versehenes Defensivbündnis. Leider wissen wir nicht, ob seine Vorschläge hinsichtlich Frankreichs jetzt so lauteten, daß eine begründete Hoffnung auf Annahme durch den Kanzler bestanden hätte. Beaconsfield wollte seinen Privatsekretär Montague Corry, den späteren Lord Rowton, damit nach Berlin schicken, er wurde daran indes durch seinen Sturz verhindert, der die Folge des Unterliegens der Konservativen bei den Neuwahlen zum Unterhause im Frühjahr 1880 war.

Damit schien der Möglichkeit einer deutsch-englischen Allianz zunächst ein Ziel gesetzt. Von seinem Nachfolger Gladstone, unter dem Lord Granville das Auswärtige leitete, war eher zu erwarten, daß er bei seinem Türkenhass, bei seiner Abneigung gegen Österreich-Ungarn wegen dessen Mangel an einer national einheitlichen Struktur und bei seinem Widerwillen gegen jede imperialistische Expansion eine Verständigung mit Rußland erstreben würde. Gleichwohl erlosch auch jetzt noch nicht in einflußreichen politischen Kreisen Englands die Begierde nach einem festen deutsch-britischen Einvernehmen. Als bald nach der Bildung des neuen Kabinetts empfahl Lord Russel ein solches recht deutlich, indem er (im Mai 1880) aus der deutschen Reichshauptstadt an Granville schrieb: »In der ganzen Zeit, da ich in Berlin gewesen bin, hat Bismarck den ernstesten Wunsch nach einem Bündnisse mit England bekundet; aber seine Versuche, herzliche und intime Beziehungen zu der britischen Regierung herzustellen, fanden in England niemals eine entsprechende Aufnahme. Ich persönlich habe das bedauert, weil wir nach meiner Überzeugung tatsächliche und dauernde Vorteile aus einem intimen Einverständnis gezogen haben würden. Wie dem auch sei, die Schwierigkeiten, mit denen ich bei den Versuchen, freundliche Beziehungen mit dem neuen Deutschen Reiche aufrechtzuerhalten, beständig zu kämpfen hatte, waren das Mißtrauen, das daheim gegen Bismarck herrschte, und die große Enttäuschung, die dieser darüber empfand, daß alle seine Bemühungen und Kunstgriffe, sich das Bündnis mit England zu sichern, zu keinem praktischen Erfolge führten.« Noch

in der letzten Zeit seiner Berliner Wirksamkeit hat es dann Russel, inzwischen (1881) Lord Amptill geworden, unternommen, eine britisch-deutsche Allianz in die Wege zu leiten. Denn er war es unzweifelhaft, durch den der Kronprinz Friedrich Wilhelm wenigstens zum Teile Informationen erhielt, die den deutschen Thronfolger veranlaßten, am 4. September 1882 vertraulich an Bismarck ein eigenhändiges Schreiben zu richten, worin es heißt:

»Nach der Auffassung meines Schwagers, des Prinzen von Wales, welche auch von anderen Seiten durchaus bestätigt wird, hegt man zurzeit in den politischen Kreisen Englands ohne Unterschied der Parteilage den lebhaften Wunsch, ein engeres und vertrautes Verhältnis zu Deutschland zu finden. Mehr und mehr hat die Überzeugung um sich gegriffen, daß ein fester Anschluß an Deutschland nicht nur dem englischen Interesse entspricht, sondern auch mehr als jede andere Kombination geeignet ist, den europäischen Frieden zu sichern. Aus den mir zugegangenen Mitteilungen habe ich den Eindruck empfangen, daß man in England den Wert eines Bündnisses mit Deutschland und Österreich hoch genug schätzt, um demselben im Sinne gemeinsamen Zusammenstehens gegen jede Gefahr, welche dem Frieden droht, eine weitgehende Ausdehnung zu geben.«

Gerade der letzte Satz ist von besonderer Wichtigkeit, — mußte es nicht danach scheinen, als sei man nunmehr in London so weit, auch eine Defensivassekuranz mit Deutschland gegen Frankreich eingehen zu wollen, wenn dieses etwa einen Revanchekrieg wegen Elsaß-Lothringens anzetteln würde? Einen anderen Sinn konnte ja doch die Proposition nicht haben, ein Bündnis in so weitgehender Ausdehnung herzustellen, daß beide Mächte gegen jede Gefahr zusammenstünden, und dahinter steckte der britische Thronfolger, der als franzosenfreundlich bekannt war. Man muß die politische Situation erwägen, in der sich Großbritannien damals befand. Eben hatte es sich, indem Frankreich absprang, das zuerst mitzumachen die Miene gezeigt hatte, zu jener einseitigen Aktion entschlossen, durch welche die Okkupation Ägyptens eingeleitet wurde, sowie die Hand auf den Suezkanal gelegt; es war in Europa ganz isoliert, Frankreich grollte, und Rußland war bereit, den gemeinsamen Widerstand gegen das britische Vorgehen im Niltale zu organisieren, — da kam unendlich viel auf Deutschland an. Und der Kanzler bewies eine Konnivenz, wie sie kaum größer gedacht werden konnte. Nicht nur, daß er England in Ägypten freien Spielraum gewährte; er betonte zwar die Schwierigkeiten, die gegen eine zuverlässige Verständigung mit England, zumal wegen der hier geltenden parlamentarischen Regierungsform, obwalteten; er schloß jedoch mit der verheißungsvollen Erklärung: »Diese

Schwierigkeiten dürfen nicht hindern, daß wir die Befestigung unserer und der österreichischen Freundschaft mit England unwandelbar pflegen und jedes Entgegenkommen bereitwillig akzeptieren.« So lautete die Antwort, die er dem Kronprinzen gab; der teilte sie Amptill mit (woraus hervorgeht, daß eben dieser der eigentliche Träger der Aktion war), der Botschafter hinwiederum Granville, wodurch sie zur Kenntnis des gesamten Londoner Kabinetts kam, — es bedarf keiner näheren Begründung, daß das nicht nur mit Wissen und Willen des Kanzlers geschah, sondern auch, daß dieser gerade durch diesen Kanal seine Bereitschaft zur weiteren Diskussion ankündigen ließ. Erst im Vorjahre hatte er das fragwürdige Dreikaiserverhältnis wieder erneuert; trotzdem wies er den Gedanken des deutsch=englischen Bündnisses, den der Kronprinz an ihn heranbrachte, keinenfalls kurzweg zurück. Und gewißlich war es nicht ohne Bedeutung, daß er sofort seinen Sohn Herbert zu Verhandlungen über Ägypten und bald darauf als ersten Botschaftssekretär nach London abordnete; in der Tat hören wir, daß Graf Herbert damals »im Auftrage seines Vaters fortgesetzt unter der Hand die maßgebenden politischen Kreise Englands in der Bündnisfrage sondierte«.

Nicht am Kanzler lag es somit, wenn auch diese Anknüpfung kein positives Ergebnis zeitigte, wiewohl die Anregung dazu von britischer Seite stammte. Aus Gladstone und Granville war nichts herauszulocken, — diese auffallende Tatsache läßt sich schwerlich anders als durch die Annahme erklären, daß der Prinz von Wales, Russel und deren Gesinnungsgenossen, indem sie den Kronprinzen und durch diesen Bismarck in Bewegung setzten, durchaus nicht im Auftrage und im Einvernehmen mit der offiziellen britischen Reichsleitung handelten, vielmehr auf diese Weise die eigene Regierung in die Richtung eines deutsch=britischen Bündnisses hineinzudrängen trachteten. Dafür spricht auch der Umstand, daß Granville, wie es scheint, den Brief Bismarcks an den Kronprinzen als aus des Fürsten eigener Initiative entsprungen ansah. Alle mögliche Förderung ließ Bismarck den Engländern in Ägypten angedeihen; sie strömten über von Ausdrücken der Anerkennung für seine Hilfe; aber das entscheidende Wort, auf das er wartete, wurde in London nicht gesprochen. Eben damals inaugurierte er die neue deutsche Kolonialpolitik; hier hätten ihm die englischen Minister den Dank, von dem ihre Lippen triefen, durch die Tat beweisen können; sie legten vielmehr der überseeischen Expansion Deutschlands, wie bescheiden sie auch immer war, nach Möglichkeit Fesseln an. Noch mußte Bismarck zurückhalten; im Herbst 1883 wurde die bulgarische Krisis akut. Die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Rußland und Österreich auf dem Balkan erhob wiederum ihr Medusenhaupt; unter ihrem Einflusse vereinbarten jetzt

Österreich und Deutschland ihr Bündnis mit Rumänien mit seiner Spitze gegen Rußland. Aber bald trat sie in den Hintergrund. Rußland, das damals zur Abwechslung wieder einmal zu einem Stoße gegen England in Zentralasien ausholte, suchte den Rückhalt der Mittelmächte, — so vollzog denn Bismarck um die Jahreswende 1883/84 abermals eine Schwenkung zu Rußland, als deren Resultat sich die letzte Erneuerung der Dreikaiserentente im Juni 1884 darstellt. Jetzt konnte Bismarck, indem er zugleich den überseeischen Gegensatz zwischen England und Frankreich ausnützte, Großbritannien zwingen, sich mit der Begründung des deutschen Kolonialreiches abzufinden. Das Kabinett Gladstone-Granville mußte klein beigeben, und dessen Politik wurde in England selbst scharf verurteilt. Im Herbst 1884 sagte der Prinz von Wales dem Grafen Herbert Bismarck: schon lange sei er mit Englands auswärtiger Politik unzufrieden, er stehe ganz auf dem deutschen Standpunkte; sein Streben sei auf eine wirkliche und dauernde Allianz mit Deutschland eingestellt, die allein Englands Heil fördern könne.

Im Sommer 1885 mußte das liberale Kabinett in London zunächst vorübergehend auf mehrere Monate, dann Mitte 1886 endgültig den Konservativen unter Salisbury Platz machen. Jetzt erhielt die sogenannte »koloniale Konvenienzehe« zwischen England und Deutschland ihren letzten Segen. Aber eine Allianz kam auch nunmehr noch nicht zustande, obwohl es an grundsätzlicher Neigung bei den britischen Staatsmännern keineswegs völlig gebrach. Im ersten Ministerium Salisbury war es vornehmlich der Torry-Demokrat, Staatssekretär Randolph Churchill, der sich dafür aussprach. Auf Grund einer Korrespondenz, die zwischen Bismarck und Salisbury bei dessen Amtsantritt stattgehabt hatte, erklärte Churchill sogar, England habe damals eine Allianz angeboten, sei aber zurückgewiesen worden: »Zu zweien würden wir die ganze Welt beherrschen können«, so äußerte er zum Botschafter Grafen Hatzfeldt, »aber Sie haben nicht gewollt.« Bismarck bestritt sofort die Berechtigung einer derartigen Deutung seines Briefwechsels mit Salisbury; er war zu jener Zeit von Mißtrauen gegen die britische Politik erfüllt, da er besorgte, daß sie es darauf abgesehen habe, sich durch Österreich und die Mittelmächte überhaupt wieder einmal auf dem Balkan Vorspanndienste leisten zu lassen. In der Folgezeit ist er jedoch aus dieser Reserve herausgetreten. Vor einigen Jahren wurde ein Brief bekannt, den Bismarck am 22. November 1887 an Lord Salisbury schrieb; er wurde sofort als ein Bündnisangebot erklärt, das aber nicht auf Gegenliebe gestoßen wäre. In Wahrheit war das Schreiben ein Bestandteil einer kühnen Balkanaktion, die der Kanzler damals unternahm. Zwar hatte er erst im Sommer desselben Jahres den Rückversicherungsvertrag mit

Rußland abgeschlossen, der Bulgarien als dessen ausschließliche und unbeschränkte Interessensphäre anerkannte, demzufolge Deutschland eventuell bei einem russischen Balkankriege, auch mit dem Ziele auf Konstantinopel und die Meeresengen, zum mindesten zu moralischem und diplomatischem Beistande verpflichtet war; trotzdem brachte er bereits im Herbst 1887 den sogenannten »Balkandreibund« zwischen England, Österreich und Italien zustande, der dem weiteren Umsichgreifen der Russen auf der Halbinsel wehren sollte. Aber obgleich er bei dessen Stiftung in allen ihren Phasen gleichsam Pate stand, wollte er ihm selbst (in Rücksicht eben auf den eigenen Vertrag mit Rußland) nicht beitreten, und als Salisbury wenigstens die »moralische Unterstützung« Deutschlands dabei begehrte, schickte er ihm das erwähnte Schreiben, um seine Zurückhaltung zu motivieren. Darin findet sich allerdings eine Stelle, die als ein Bündnisfühler für den Fall eines deutschen Zweifrontenkrieges gegen Rußland und Frankreich aufgefaßt werden kann und von Salisbury auch so aufgefaßt worden ist. Tatsächlich wird die Möglichkeit einer solchen Allianz darin leise angedeutet, wohl sogar der Wunsch darnach, wenngleich recht behutsam und versteckt, so daß Salisbury ihn überhören durfte. Dieser hat ihn dann auch in seiner Antwort ignoriert. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um einen taktischen Zug der Bismarckschen Diplomatie, um die englische Forderung zu parieren, und dieser Zweck wurde erreicht, indem Salisbury sie fallen ließ.

Immerhin, der Ausdruck und die indirekte Erklärung der Bündnisbereitschaft ist in dem berühmten Briefe an Salisbury vom November 1887 enthalten, und noch ein Jahr vor dem Ende seiner politischen Laufbahn glaubte Bismarck alle Scheu ablegen zu müssen; wie sie begann, so endigte seine englische Bündnispolitik mit einem offenen und rückhaltslosen Allianzangebote. Immer mehr kam er im Laufe des Jahres 1888 zur Überzeugung, daß sowohl das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich als auch Österreichs und daher mittelbar in gleicher Weise Deutschlands zu Rußland auf die Dauer zu Verwicklungen führen müsse, und daß es dagegen nur ein einziges Mittel gebe, die Anlehnung an England, wie er noch im Juni 1889 seinem gepreßten Herzen mit den Worten Luft machte: »Bisher brauchen wir England, wenn der Frieden noch etwas erhalten werden soll.« Anfang 1889 weilte der Londoner Botschafter Graf Hatzfeldt in Friedrichsruh; er erhielt den Auftrag, vertraulich bei Salisbury um einen Vertrag nachzusuchen, durch welchen sich Deutschland und England für einen begrenzten Zeitraum, ein, zwei oder drei Jahre, zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffes auf eine dieser beiden Mächte verbünden sollten. So kam er auf seine alte Lieblingsidee, das deutsch-englische Defensivbündnis gegen Frankreich, zurück.

Er ging von der (in London wohl freilich schwerlich geteilten) Annahme aus, daß beide gleichmäßig von einem anderen als einem französischen Angriffe direkt nicht bedroht seien, da Deutschland in einen Krieg mit Rußland nur durch Österreich hineingezogen, und da für England ein Krieg mit Rußland und Nordamerika, mit denen es außer mit Frankreich noch divergierende Interessen habe, nur dann lebensgefährlich werden könnte, wenn Frankreich der Bundesgenosse der Feinde Großbritanniens sei. Ohne ein kontinentales Bündnis, so ließ Bismarck Salisbury vorstellen, sei England bei den modernen Verkehrsmitteln der Möglichkeit einer französischen Invasion ausgesetzt, und dagegen biete eine sichere Gewähr nur eine deutsch=britische Allianz, die Frankreich vom Osten her davon abhalte. Der Traktat sollte dem englischen Parlamente zur Genehmigung vorgelegt, dem deutschen Reichstage mitgeteilt werden, mit der Begründung, daß ein geheimer Vertrag zwar beiden Mächten erhebliche Sicherheit für den Ausgang eines solchen Krieges gewähren würde, die Verhinderung des Krieges jedoch nur von einem öffentlichen Abschluß zu erwarten wäre. »Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben. . . . Es ist dies in keiner Weise eine *mise en demeure*, und würde ich, wenn Lord Salisbury die Gangbarkeit des von mir vorgeschlagenen Weges auf englischem Terrain verneint, deshalb in meinem Vertrauen auf seine Politik und in meiner Freundschaft für seine Person in keiner Weise erschüttert werden. Ich beabsichtige nichts, als mit ihm in Gemeinschaft die Frage zu prüfen, ob wir auf dem vorgeschlagenen Wege durch öffentliche und dreiste Anerkennung des Friedensbedürfnisses Europas und durch parlamentarische Anerkennung desselben den Krieg hintanhaltend können, wenigstens *pro tempore*, vielleicht für lange Zeit. Glaubt Lord Salisbury diese Frage verneinen zu sollen, so werde ich seinem Urteil über das, was ihm als englischer Minister möglich scheint, volles Vertrauen schenken, und unsere Beziehungen bleiben die alten.«

Womit Bismarck gerechnet hatte, das traf ein; seine Frage wurde durch Salisbury verneinend beantwortet; wie das erste, so auch scheiterte sein letztes Bündnisangebot an England. Mitte Januar 1889, nach seiner Rückkehr nach London, brachte es Hatzfeldt zur Sprache. Salisbury erkannte sofort die hohe Bedeutung des zugrundeliegenden politischen Gedankens; er erklärte, darin einen neuen und wertvollen Beweis für des Kanzlers Bemühungen um die Erhaltung des Friedens zu erblicken, und behielt sich Zeit zur Überlegung und zur Sondierung seiner politischen Freunde vor. Hatzfeldt gewann den Eindruck, daß es Salisbury ernst mit der Sache, und daß es nicht unmöglich sei, daß aus

den Besprechungen, die jetzt stattfinden würden, »ein Gegenvorschlag hervorginge, welcher, ohne den Gedanken abzulehnen, einige Modifikationen desselben in Anregung brächte«. Wochen vergingen, Ende März sandte Bismarck seinen Sohn Herbert nach London, zunächst zur Regelung kolonialer Angelegenheiten, dabei kam die Rede auch, und das dürfte der Hauptzweck der Mission gewesen sein, auf die Möglichkeit einer geheimen oder öffentlichen deutsch-englischen Allianz. Salisbury äußerte sich dahin: eine solche würde das Heilsamste für beide Länder und den europäischen Frieden sein, er habe sich mit seinen Kollegen darüber beraten, und sie hätten sämtlich diese seine Ansicht geteilt, die Ausführung der Idee aber für inopportun erklärt, weil die parlamentarische Majorität darüber in die Brüche gehen, mithin das Ministerium gestürzt werden würde. Er setzte wörtlich hinzu: »Leider leben wir nicht mehr in den Zeiten der Pitts, damals regierte hier die Aristokratie, und wir konnten eine aktive Politik treiben, welche England nach dem Wiener Kongreß zur reichsten und angesehensten europäischen Macht gemacht hatte. Jetzt herrscht die Demokratie, und mit ihr ist persönliches und Parteiregiment eingezogen, welches jede englische Regierung in unbedingte Abhängigkeit von der aura popularis gebracht hat. Diese Generation kann nur durch Ereignisse erzogen werden.« Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß er noch Zeitumstände erleben würde, welche ihm gestattet, auf das Projekt Bismarcks praktisch einzugehen: »Inzwischen lassen wir es auf dem Tische liegen, ohne Ja und Nein zu sagen, das ist leider alles, was ich jetzt tun kann.«

Das war der Ausklang der englischen Bündnispolitik Bismarcks.



Ziehen wir zum Schlusse das Fazit aus der englischen Bündnispolitik des Fürsten Bismarck, so dürfen wir das Urteil wagen: Seitdem er für den Fall eines neuen deutsch-französischen Krieges nicht mehr mit Gewißheit auf die wohlwollende Neutralität Rußlands zählen durfte, seitdem er diese Gefahr vom ersten Auftauchen der Orientkrise an durch deren Rückwirkungen infolge des russisch-österreichischen Balkan Gegensatzes und der dadurch erwachsenden Notwendigkeit einer Option zwischen den beiden östlichen Nachbarn auf das deutsch-russische Verhältnis gesteigert sah, schwebte ihm eine deutsch-englische Defensivallianz mit der Spitze gegen Rußland und vor allem gegen Frankreich als das idealste und radikalste Mittel einer Garantie für die Sicherung Deutschlands, zumal der Früchte der Siege von 1870/71, vor. All die andere Politik, die er trieb, Zweibund und Dreibund, Erneuerung des Drei-

kaiserbündnisses und Rückversicherungsvertrag, das Spielen mit den fünf Kugeln, wie man es wohl genannt hat, war dagegen lediglich ein künstlicher Notbehelf, weil er das nicht haben konnte, was er für das beste erachtete. Wiederholt hat er die Arme hinüber jenseits des Wassers ausgebreitet, und wenn er glaubte, daß sich ihm die Hand von drüben entgegenstrecke, so war er bereit, zuzugreifen. Aber alles Werben war umsonst: England war noch nicht bündnisreif, Parlament, Parteien und zunächst auch sogar die leitenden Staatsmänner. Beaconsfield war der erste, der den Grundsatz der splendid isolation aufgeben wollte, aber das Bündnis, zu dem er bereit war, war nicht so, wie der Partner es verlangte. Denn es mußte, das war für Bismarck die unerläßliche Voraussetzung, auf vollkommener Parität beruhen, d. h. es mußte so beschaffen sein, daß es nicht einseitig Deutschland in das Joch der Dienstbarkeit für die britische Weltpolitik einspannte, sondern es mußte dem Neuen Reiche auch eine dauerhafte und zuverlässige Stütze gegen die französischen Revandegelüste gewähren und Elsaß-Lothringen schirmen. Aber so viel geht aus dem ganzen Gange seiner Verhandlungen mit England hervor: Hätte er die Allianz so bekommen, wie er sie wünschte, er hätte sie genommen, und es hätte ihn schwerlich davor die Besorgnis zurückgeschreckt, daß sie für Deutschland insofern eine *societas Leonina* werden könnte, als es dadurch lediglich der Degen Englands auf dem Kontinente gegen Rußland werden möchte. Daß sich auf britischer Seite die Neigung dazu regen würde, damit war natürlich zu rechnen, in diesem Sinne soll er sich auch geäußert haben, so gegen Sybel, ein Bündnis mit England biete die Gefahr, daß Deutschland dadurch in die Lage Friedrichs des Großen gerate, indem uns der Genosse in jedem ihm passenden Momente verlassen könnte, und daß wir ihm nicht zur Verteidigung, sondern zum Kampfe gegen Rußland folgen müßten. Dieser Ausspruch beweist nur, daß er das Risiko klar erkannte, welches damit verknüpft war, nicht jedoch, daß er diesem erlegen wäre. Wenn irgendein zeitgenössischer Staatsmann, so war er imstande, dem Alliierten das Gleichgewicht zu halten, und der maßgebende Gesichtspunkt war ja für ihn stets unverrückt der Fuß der Parität bei entsprechender Gegenverpflichtung und Gegenleistung. Der Verlauf der Dinge, das dürfen wir übrigens nicht vergessen, seit dem Beginne des neuen Jahrhunderts hat gezeigt, wie Großbritannien, nicht einmal formell vertragsmäßig, sondern, bloß durch faktisch einmal begründete und dann sozusagen traditionell gewordene Beziehungen, Übereinstimmungen und an sich unverbindliche, geheime, vor dem Parlament verleugnete Abreden gefesselt, in einen Krieg hineingezogen wurde, der nicht seiner primären Initiative entsprang. Jedenfalls hat sich der Kanzler durch Erwägungen der an-

gedeuteten Art nicht von den Schritten abhalten lassen, die er selbst seit 1875 mehrfach bei England unternahm; er muß also doch wohl geglaubt haben, solchen Schwierigkeiten gewachsen zu sein. An ernstlichem Bündniswillen hat es ihm nicht gefehlt; aber es fehlte entweder an Geneigtheit auf der Gegenseite, oder wenn sie grundsätzlich vorhanden war, so doch an einem Entgegenkommen, das so weit reichte, daß er sich dadurch befriedigt fühlte: »Sie konnten zueinander nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.«

Aber wie reimt sich diese Auffassung mit den zahlreichen Ausfällen und bitteren Wendungen Bismarcks gegen England zusammen? Ganz abgesehen von der Entrüstung über die britischen Machenschaften und Hofintriguen insonderheit in den achtziger Jahren im Zusammenhange mit dem bulgarischen Heiratsprojekte und mit den Versuchen der britischen Politik, nicht nur Deutschland direkt, sondern auch noch mehr indirekt durch Einwirkung auf das alliierte Österreich-Ungarn gegen Rußland vorzuschieben, das er doch gerade wegen des Versagens seiner englischen Bündnispolitik nicht reizen durfte, — die Schärfe der Sprache, wie er sie so oft gegen England führte, ist ohne Zweifel zum guten Teile aus der Enttäuschung herausgewachsen, die sein vergebliches Liebeswerben bei seinem gewaltigen Temperament in seinem heißen, zur leidenschaftlichen Explosion so sehr gestimmten Gemüte hervorrief. Nicht nach seinen Worten ist er zu beurteilen, sondern nach seinen Handlungen. In dem großen kolonialpolitischen Streite, der 1884 entbrannte, ist er, wie stark er auch gelegentlich drohte und wetterte, nie bis zum äußersten gegangen: wenn die Sache auf des Messers Schneide zu stehen schien, da eben brach er ab, zu gütlicher Einigung bereit. Bewunderungswürdig ist die Reserve, die er sich aus Anlaß der Indiskretionen Granvilles hinsichtlich seines früheren Ratschlages, England möge Ägypten nehmen, in seinen berühmten Hödurreden vom Frühjahr 1885 auferlegte, — die Frucht davon war die kolonialpolitische Verständigung, die daraus nunmehr entsprang. Und als das neue deutsche Kolonialreich dadurch in seinen ersten Umrissen gegen Großbritannien glücklich durchgedrückt war, da lag ihm nichts ferner, als das Streben nach weiterer überseeischer Expansion. Gerade das gespannte Verhältnis zu Rußland zum Ende der achtziger Jahre, die Rücksicht, die er daher gegen England vorwalten zu müssen vermeinte, nötigte seine Kolonialpolitik jetzt zu äußerster Einschränkung. Gefflissentlich betonte er, der ja solcher Tendenzen ursprünglich ermangelt hatte, zum Ausgange seiner Amtszeit immer wieder, er sei »kein Kolonialmensch von Haus aus«, und nur mit Widerstreben habe er sich auf die koloniale Bahn begeben. In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 17. August 1889

zog er gegen »den deutschen Kolonialschwindel« los, der seine politischen Kreise »tölpelhaft« störe; er erklärte: »Er werde sich ganz davon losmachen, ein Kolonialamt einsetzen, von der Marine geleitet, wie in Frankreich, oder kaufmännisch von den Hanseaten. Er könne nicht die Verantwortung übernehmen für Dinge, welche er nicht übersehen könne. Er werde Ostafrika und Samoa ganz fallen lassen. . . . Wenn die Nationalliberalen sich verletzt fänden und ihn in der Kölner und andern sonst wohlgesinnten Zeitungen angriffen, so sei ihm das gleichgültig. . . . Das Verhältnis zu England sei ihm wichtiger wie Herr v. Cuny.« Höher als den Erwerb von Witu und der Luciabai schätzte er das Wohlwollen Lord Salisburys ein. An sein letztes Bündnisangebot vom Jahre 1889 knüpften sich die Verhandlungen, die 1890 zur Abtretung Helgolands führten; er war gewillt, es gegen Südwestafrika einzutauschen. Das waren die leitenden Gesichtspunkte, die seine Englandspolitik bestimmten, solange er noch die Schicksale des deutschen Volkes lenkte, — außerhalb unserer heutigen Betrachtungen würde es liegen, die Fragen zu erörtern, wie er sich, falls er noch länger am Ruder und am Leben geblieben wäre, zu einer eigenen deutschen Expansion im fernen und im nahen Osten gestellt hätte, sowie zu einem Bündnisangebote Großbritanniens, als dieses aus weltpolitischen Motiven seine bisherige Isolierung nicht mehr behaupten zu können, sondern Anschluß an eine der beiden großen Mächtegruppen Europas suchen zu müssen glaubte. Der Historiker muß sich begnügen, das, was war, in seinem wahren Verlaufe zu ergründen und in seinem pragmatischen Zusammenhange zu verstehen; es ist nicht seine Aufgabe, darüber zu grübeln, was hätte geschehen können.

* * *

Die beiden großen Probleme, mit denen sich die weise und reife Staatskunst Bismarcks im Zeitraum von 1871 bis zu seiner Entlassung abfinden mußte, die elsässisch-lothringische und die Orientfrage, — sie sind es, die schließlich, nachdem sie vier Jahrzehnte lang als die Fermente der Großen Politik ihre zersetzende Wirkung ausgeübt hatten, mochten sie auch scheinbar zeitweise von der Oberfläche verschwinden, vornehmlich den Ausbruch des Weltkrieges veranlaßt haben; der unmittelbare Anstoß ging von der zweiten aus. Mit der ihm eigenen divinatorischen Intuition hat der Altmeister unserer Wissenschaft, Leopold von Ranke, lange vorher die dämonische Rolle der Balkanfrage einmal durch die prophetischen Worte angedeutet:

»Welches ist doch eigentlich die Gewalt, die in unserem Europa die Herrschaft ausübt? Es ist das Einverständnis der großen Mächte,

welches die Herrschaft einer einzigen ausschließt und sich aus allen zusammensetzt. Der Krieg beginnt, wenn dieses Einverständnis nicht mehr zu erzielen ist. Aber unaufhörlich wird es durch neue Vorfälle gefährdet. In dieser Gefahr liegt eigentlich das Interesse der sogenannten orientalischen Frage; denn eben in dem Schwanken der orientalischen Verhältnisse, die doch zu allem andern in unmittelbarer Beziehung stehen, liegt die Möglichkeit eines allgemeinen Konfliktes.«

Ranke hatte vollkommen recht: Die Entwicklung der orientalischen Frage in ihrer Wechselwirkung zu allen andern Verhältnissen hat den allgemeinen Konflikt heraufbeschworen, freilich in einem Umfange, von dem er sich damals schwerlich keine auch nur annähernd zutreffende Vorstellung zu bilden vermochte, der seine Kreise nicht nur um Europa, sondern den ganzen Erdball schlug. Aber nicht das wurde durch den Krieg wiederhergestellt, was Ranke davon erwartete, nämlich das Einverständnis der großen Mächte, welches die Herrschaft einer einzigen ausschließt. Das Gleichgewicht der Kräfte ist in Europa vielmehr erst recht gestört; mehrere der alten Großmächte, auf denen es beruhte, sind teils vernichtet, teils geschwächt und ausgeschaltet, — was ist von der alten Pentarchie übriggeblieben, die dereinst unsern Erdteil und die ganze Welt regierte? Eine festländische Suprematie ist entstanden, die sich vom Napoleonschen Imperialismus zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nur dadurch unterscheidet, daß sie nicht im Gegensatze zur insularen Seemacht steht, sondern sich mit ihr zusammengetan hat, um jedes andere selbständige Leben auf dem Kontinente zu ertöten. Ein wichtiges Kapitel aus der Vorgeschichte dieser verhängnisvollen Kombination ist es, welches wir heute kennengelernt haben, — möge die Gegenwart daraus ihre Lehren für die Zukunft schöpfen.

Dunkel liegt die Zukunft jetzt vor uns; aber trösten wir uns mit der historischen Erfahrung, daß noch nie die Alleinherrschaft einer einzigen Macht von Bestand war, wenn sie auch noch so festgefügt schien, daß die vorhandenen Kräfte doch von selbst immer wieder in die Gleichgewichtslage zurückzukehren trachten, und daß noch kein großes Volk den Untergang gefunden hat, das sich nicht selbst verlor und sich durch die Schule der Leiden läutern ließ. Wir wissen nicht, in welcher Richtung sich die Verhältnisse noch klären und konsolidieren werden; aber wenn die Ruhe und der Frieden dem gequälten Europa wieder dauernd geschenkt werden sollen, so ist dies nur auf der Grundlage von Freiheit und Recht für alle seine Nationen möglich. Und mag das, was die letzten Jahre uns brachten, noch so traurig und furchtbar sein, das Problem ist erledigt, das Bismarcks Hauptsorge und der letzte Quell aller der Drangsale war, durch die er sich eingeengt und zu fortwäh-

render fieberhafter Tätigkeit genötigt sah, — nämlich die orientalische Frage in ihrer früheren Form, die ihn zwang, für ein in seinen Fundamenten morsches und wankendes Staatswesen einzutreten, das doch zugleich die Aspirationen einer Großmacht erhob, und zwar gegen einen Koloß, der molochartig seine Arme gegen Osten, Süden und selbst Westen ausstreckte. Andere Probleme werden dafür auftauchen, aber eine relative Vereinfachung und Erleichterung der Situation ist doch dadurch geschaffen. Die Postulate der ewigen Gerechtigkeit haben bisher stets letztlich in der Weltgeschichte triumphiert, und diese ist es gewohnt, mit langen Fristen zu rechnen. Die Kenntnis der Vergangenheit wird dazu beitragen, zerrissene Fäden wieder aufzunehmen, die Völker zur Selbstbesinnung zu bringen, den Irrwahn zu zerstören, der Einsicht, Vernunft und Gerechtigkeit zum endlichen Siege zu verhelfen, — wie an der Außenseite dieses Saals mit goldenen Lettern geschrieben steht:
»Die Wahrheit wird euch frei machen.«

Bericht des abtretenden Rektors
GEH. HOFRAT PROF. DR. OSKAR DE LA CAMP.

Es ist herkömmliche Pflicht des abgehenden Rektors, vor den zur feierlichen Amtsübergabe an seinen Nachfolger geladenen Angehörigen und Freunden der Universität im gedrängten Bericht die wesentlichen Geschehnisse im verflossenen Amtsjahr noch einmal in Erinnerung und zur Erwägung zu bringen.

Es liegt auf der Hand, daß dabei sowohl auf Vollständigkeit in Einzelheiten, z. B. in der Personal- und Geschenkberichterstattung, verzichtet und auf den Druck der Universitätsjahreshefte verwiesen werden muß, als auch andererseits bedeutungsvolle Vorgänge eines verflossenen Universitätsjahres aus Gründen ihrer Inhaltseigenart an diesem Platze sich der Besprechung entziehen können.

Im Sommersemester 1921 waren immatrikuliert:

379 Theologen,

1324 Angehörige der rechts- und staatswissenschaftl. Fakultät
(stud. jur. 761, stud. rer. pol. 563 = 43%),

1243 Mediziner, Studierende der Zahnheilkunde und der
Pharmazie,

469 Angehörige der philosophischen Fakultät und

516 Angehörige der naturwissenschaftlich-mathematischen
Fakultät (einschl. der Forstwissenschaft)

zus. 3931 (darunter 528 Frauen).

Hörer: 217

zus. 4148.

Im Wintersemester 1921/22 waren immatrikuliert:

259 Theologen,

1031 Angehörige der rechts- und staatswissenschaftl. Fakultät
(stud. jur. 558, stud. rer. pol. 473 = 46 %),

966 Mediziner und Studierende der Zahnheilkunde,

384 Angehörige der philosophischen Fakultät und

498 Angehörige der naturwissenschaftlich-mathematischen
Fakultät (einschließlich der Pharmazie und Forst-
wissenschaft)

zus. 3138 (darunter 417 Frauen)

Hörer: 238

zus. 3376.

Die Doktorprüfung bestanden: in der theologischen Fakultät 4 Kandidaten, in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät 148 (darunter 141 Nationalökonomien), in der medizinischen Fakultät 196 (darunter 47 Zahnärzte), in der philosophischen Fakultät 44 und in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät 23, zusammen 415 Kandidaten. Die ärztliche Vorprüfung bestanden 150 Kandidaten, die ärztliche Hauptprüfung 148, die zahnärztliche Vorprüfung bestanden 23, die zahnärztliche Prüfung 23, die Apothekerprüfung bestanden 9, die forstliche Vorprüfung 16 und die forstliche Fachprüfung 29 Kandidaten.

Die Würde eines Ehrendoktors wurde verliehen: von der medizinischen Fakultät: Herrn Hermann Burchard, Konsul aus Hamburg; von der philosophischen Fakultät: den Herren Karl de Loewis of Menar aus Riga und Oskar Walcker aus Ludwigsburg; von der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät: den Herren Karl Künkel, Professor aus Götzingen, Kommerzienrat Albert Böhringer aus Nieder-Ingelheim a. Rh. und Rudolf Schönwiese aus Leipzig.

Senatssitzungen fanden 17 statt; dem Senat gehörten im Jahre 1921/22 an: Geh. Hofrat de la Camp, Rektor, Geh. Hofrat Diehl, Prorektor, Professor Künstle (theologische Fakultät, im Sommer), Professor E. Krebs (im Winter), Professor Frhr. Marschall von Bieberstein (rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, im Sommer), Professor Frhr. von Schwerin (im Winter), Geh. Hofrat Opitz (medizinische Fakultät), Professor Jantzen (philosophische Fakultät), Geh. Hofrat Müller (naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät) und die Plenarsenatoren Geh. Hofrat Rachfahl, Geh. Hofrat Deecke, Professor Michael und Privatdozent Wieland bzw. Professor Schwarz.

Dekane waren: Professor Sauer (theologische Fakultät), Geh. Justizrat van Calker (rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät), Professor Fischer (medizinische Fakultät), Professor Sütterlin (philosophische Fakultät) und Geh. Hofrat Heffter (naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät).

Im verflossenen Studienjahr schieden infolge Berufung an eine andere Universität aus dem Lehrkörper aus: Professor Dr. Ernst Buschor als Leiter des archäologischen Instituts in Athen, Professor Dr. Götz Briefs als planmäßiger a. o. Professor an die Universität Würzburg, Professor Dr. Emil Fromm als Ordinarius an die Universität Wien, Professor Dr. Aladar Skita als Leiter der organischen Abteilung an der Universität Kiel, Privatdozent Dr. Hermann Wieland als ordentlicher Professor an die Universität Königsberg, Privatdozent Dr. Kurt Noack als planmäßiger Professor extraord. an die Universität Bonn.

Berufungen nach auswärts haben abgelehnt: Geh. Justizrat Dr. Wilhelm van Calker an die Universität Marburg, Professor Dr. Eugen Fischer an die Universität Wien.

Noch nicht entschieden haben sich Geh. Hofrat Straub und Geh. Hofrat Hahn, einem ehrenvollen Rufe nach München bzw. Berlin zu folgen. Möge die bis zur Entscheidung in kritischem Abwägen verfließende Zeit die Wurzeln kräftigen, die sie am hiesigen Boden festhalten.

Professor ord. Dr. Viktor Dietrich trat vom Lehrstuhl der Forstwissenschaft zurück; ferner verzichteten auf die *venia legendi* Professor Dr. Edgar von Gierke, Professor Dr. Karl Dove, Privatdozent Dr. Siegfried Gräff (behufs Übertritts an die Universität Heidelberg), Privatdozent Dr. Hermann Kees (behufs Übertritts an die Universität Leipzig).

An unsere Universität wurden berufen: Professor Dr. Karl Freudenberg von München als planmäßiger a. o. Professor für das Fach der Chemie, Professor Dr. Hans Dragendorff von Berlin als ordentlicher Professor für klassische Archäologie, Privatdozent Dr. Peter Stark von Leipzig als planmäßiger a. o. Professor für Forstbotanik.

Ernannt wurden: Professor Dr. Ernst Grosse zum ordentlichen Honorarprofessor, Professor Dr. Robert Schwarz zum planmäßigen a. o. Professor für anorganische und analytische Chemie, die Privatdozenten Dr. Fritz Pringsheim, Dr. Walter Madelung, Dr. Karl Amersbach, Dr. Hans Böker und Dr. Paul Lindig zu außerordentl. Professoren.

Zum Lektor der spanischen Sprache wurde ernannt Herr Eduard Llorens.

Mit der Abhaltung von Zeichen- und Malkursen wurde Kunstmaler Hans Lembke beauftragt.

An Stelle des Amtmanns Dr. Häußner wurde Amtmann Franck beim Bezirksamt hier mit den Geschäften des Disziplinarbeamten und Syndikus betraut.

Habilitiert haben sich: Dr. Josef Schüller für Pharmakologie, Dr. Walter Adrion für Zahnheilkunde, Dr. Ferdinand Wagenseil für Anatomie und Anthropologie, Dr. Julius Wilser für Geologie und Paläontologie unter besonderer Berücksichtigung der angewandten Geologie, Dr. Felix Rawitscher für Botanik und Dr. Wilhelm Hammer für Physik.

Antrittsreden hielten:

- am 27. Mai Professor Dr. Gurlitt: Das Problem einer Periodisierung der Musikgeschichte,
am 2. Juni Professor Dr. Knoop: Lebenserscheinungen und Chemie,
am 28. Juni Geh. Justizrat Dr. van Calker: Die rechtliche Stellung des Deutschen Reiches gegenüber dem Völkerbund,
am 4. Juli Professor Dr. Frhr. von Schwerin: Germanisches und fremdes Recht,
am 15. Juli Professor Dr. Weber: Die deutsche Waldwirtschaft und die Reichsgesetzgebung,
am 10. November Professor Dr. Walb: Das Problem der Scheingewinne,
am 25. November Professor Dr. Helbig: Boden und Bodenklassifikation.

Wir haben ferner das Ableben mehrerer Universitätsangehöriger im vergangenen Jahre zu beklagen:

Es starb am 8. Februar 1922 Professor extraord. Dr. Hendrik Reerink; ferner die Studierenden: Albert Faller von Gütenbach, stud. theol., Wilhelm Wintermantel von St. Georgen i. Schw., stud. jur., Hermann Brühler von Mannheim, stud. rer. pol., Willi Falke von Karlsruhe, stud. med., Erich Falk von Leichlingen, stud. med., Georg Happel von Harxheim, stud. med., Hans Feyerabend von Mitau, stud. philol., ferner der Heizer des pharmakologischen Instituts Karl Eisenmann.

Wichtige organisatorische Vorgänge innerhalb der Studentenschaft sind aus dem vergangenen Jahre zu berichten:

Zuvörderst die aus der Not der Zeit erwachsene und in verständnisvoller gemeinsamer Mitwirkung aus Universitäts- und Bürgerkreisen entstandene wirtschaftliche Studentenhilfe. Unter der unermüdlichen Förderung ihres 1. Vorsitzenden, Geh. Rat Aschoff, hat sich die Freiburger Studentenhilfe binnen Jahresfrist zu einer umfänglichen nutzbringenden Organisation mit einer Anzahl von Fachabteilungen und Ämtern entwickelt, in denen die Studentenschaft selbst unter geeigneter Führung treue Arbeit für die Aufbesserung der wirtschaftlichen Sorgen ihrer notleidenden Kommilitonen leistet. Die in vorbildlicher Weise früher eingerichtete und ausgezeichnet betriebene Mensa academica blieb außerhalb der Studentenhilfe wie bisher bestehen. An ihrer Selbständigkeit Änderungen oder in ihrer Betriebsart Wechsel vornehmen zu wollen, hätte nur die Gefahr mit sich gebracht, ihren bisherigen Erfolg zu schmälern.

Die Bereitschaft der Stadt Freiburg, in der Abhilfe der Wirtschaftsnot der Studenten mittätig sein zu wollen, fand ihren sichtbaren Ausdruck in dem Eintritt eines Bürgermeisters in den engeren Vorstand.

Möge auch der Umstand, daß sich hervorragende Männer der verschiedensten Berufe und Denkrichtungen bereit fanden, in dem Ausschuß der Freiburger Studentenhilfe mitzuwirken, eine gute Vorbedeutung sein für eine immer weiter um sich greifende Pflichterkenntnis in weitesten Bürgerkreisen, daß der begabten unbeeittelten, wirtschaftlich schwer kämpfenden akademischen Jugend geholfen werden muß, weil in ihr eine der wenigen sicheren Hoffnungen auf eine bessere Zukunft unseres bedrückten Vaterlandes gegründet liegt. Die Not unter den Studenten ist größer und allgemeiner, als gewöhnlich geglaubt wird. Sie schuf den Werkstudenten. Eine nicht geringe Anzahl Studierender kann nur im Semester durch gleichzeitige Erwerbsarbeit außerhalb der Studienstunden leben oder muß in den Ferien durch Arbeit in Bergwerk oder Fabrik ihren Erwerb für das Studiensemester schaffen. Oft aber reicht die erworbene Summe oder Widerstandskraft und Gesundheit bei stark beschränkter Ernährung nicht aus.

Wenn auch von hochherzigen Spendern im verflommenen Jahr manch schöne Hilfe erfolgte — so wurden z. B. der Mensa insgesamt nahezu 70 000 Mk. übermittelt —, die Not wird größer, die Bitte um Beistand dringender denn je zuvor.

Unter den zugunsten der Studentenhilfe getroffenen Abmachungen sei als besonders wichtig der Vertrag mit den hiesigen Buch-

händlern zwecks billiger Bücherabgabe an alle bedürftigen Studenten erwähnt.

Im letzten Semestermonat fand eine von der Studentenschaft veranstaltete Studentenhilfswoche statt, in der mit Erfolg versucht wurde, durch Vorträge und künstlerische Darbietungen für das Thema „Student und Gegenwart“ in breiterer Öffentlichkeit zu interessieren und gleichzeitig der Studentenhilfe pekuniäre Hilfe zu bringen.

Die Anerkennung einer für den deutschen Studenten bestehenden Pflicht, als Ersatz für die frühere militärische Durchbildung regelmäßig und zielbewußt Leibesübungen zu treiben, fand ihren Ausdruck in einer auf Veranlassung des akademischen Ausschusses für Leibesübungen erfolgten Abstimmung der Studentenschaft. Der Senat beschloß das Testat über die erfolgte oder nicht erfolgte regelmäßige Beteiligung in den ersten Studiensemestern.

Es ist zu erhoffen, daß auch die von der akademischen Jugend als Pflicht anerkannte Pflege der Leibesübungen sich weiterhin umfassenderer und wirksamerer öffentlicher Unterstützung erfreuen wird.

Unter den sportlichen Ereignissen ist die feierliche Eröffnung der badischen Hochschulmeisterschaften am 1. Juli 1920 zu nennen.

Die allgemeine Preissteigerung veranlaßte eine wesentliche Vereinfachung des Vorlesungsverzeichnisses, nicht zum Schaden des Inhaltes und der Übersicht. Das Erscheinen der „Akademischen Mitteilungen“ mußte leider unterbleiben.

Bemerkenswert ist ferner die seit mehreren Jahren geforderte Reorganisation der Universitätsbetriebskrankenkasse durch ihren Vorsitzenden, Herrn Amtmann Franck.

An größeren baulichen Herstellungen sind zu nennen die mit der Zusammenfassung der bisherigen beiden Abteilungen unter einer Direktion im chemischen Laboratorium notwendig gewordenen Veränderungen; fernerhin die Erweiterungsbauten im pathologischen Institut und vor allem der schnell geförderte Neubau der Anatomie, für dessen Inneneinrichtung auch von privater Seite reiche Gaben von insgesamt weit über 100 000 Mk. gestiftet wurden.

Aber auch sonst war die Zahl der Schenkungen im verflossenen Studienjahr erfreulich groß. Der Anhang zum gedruckten Bericht verzeichnet die Namen der hochherzigen Spender. Ihnen allen an dieser Stelle einzeln zu danken, verbietet die Zeit.

Hervorgehoben werden darf wohl nur als besonders erfreulich die Stiftung der am 4. Dezember 1921 feierlich eingeweihten Prä-

torius-Orgel durch Herrn Oskar Walcker in Ludwigsburg, sowie eines Modells einer mittelalterlichen Wasserorgel, einer enharmonischen 53stufigen Tanaka-Orgel, einer Anzahl weiterer historischer Musikinstrumente und reicher Literatur durch denselben Herrn.

Am 13. Mai 1921 feierte unter freudiger Anteilnahme der Universität Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Bäumler seinen 85., am 2. Juni 1921 Geh. Rat Prof. Dr. Kraske seinen 70., am 2. November 1921 Hofrat Prof. Dr. Willgerodt seinen 80. Geburtstag und am 16. Dezember 1921 Geh. Rat Prof. Dr. Lenel sein 50jähriges Doktorjubiläum.

Am 22. Juni wurde in einer Feier am Fackeldenkmal Bismarcks der im Weltkriege gefallenen Kommilitonen und des großen deutschen Kanzlers gedacht, bei der Prof. Deubner die ergreifende Ansprache hielt. Am 5. Juli fand eine ernste Gedenkfeier an das 300jährige Bestehen der Universität Straßburg statt, in der Geheimrat Lenel in bewegten Worten selbstdurchlebter Vergangenheit Bilder zeichnete.

Am 26. November 1921 erfolgte in Karlsruhe die Einweihung des Neubaus der Bauingenieur-Abteilung der technischen Hochschule, bei der der Rektor die Universität vertrat. Bei der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1922 hielt Herr Prof. Michael die Festrede. An einer unter Anteilnahme der ganzen Gemeinde am 26. Februar in Graben erfolgten Gedenkfeier des 100jährigen Geburtstages von Ad. Kußmaul nahm im Auftrage des Senates der Rektor teil.

Das lebhafte Bedürfnis der Universitätslehrer und ihrer Angehörigen zu engerem geselligem Zusammenschluß veranlaßte eine recht erfreuliche Beteiligung an einem Sommerausflug auf die Hochburg. — Es wäre undankbar, an dieser Stelle nicht die stets bereitwillige und wertvolle Hilfe des Collegium musicum zu erwähnen, wenn es galt, Universitätsfeierlichkeiten der verschiedensten Art künstlerischen Inhalt oder Rahmen zu verleihen.

Der Chronist ist am Ende mit der Aufzählung der Geschehnisse, die sich innerhalb unseres Gemeinwesens im vergangenen Jahre um uns und mit uns abspielten. Kein einziger Tag aber, ob ein ereignisreicher oder -armer, ob Arbeits- oder Feiertag, ließ den unerhörten Druck, den schmachvollen Zwang vermissen, den böswilliger Feindeswille noch immer zu vermehren trachtet. Ein gütiger Schöpfer hat uns Menschen den Blick in die Zukunft versagt. — Erhaltungstrieb und ein auf Recht und Gerechtigkeit,

Arbeitswillen und Pflichtbewußtsein sich berufender Optimismus hält in uns die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wach und die schaffenslähmende Verzweiflung nieder.

Möge das kommende Jahr für unsere geliebte Universität ein erspriessliches sein, erfüllt von erfolgreichem Forschen, Lehren und Lernen unserer großen, vom einzelnen die einsichtige und selbstgewollte Unterordnung unter das Gemeinwohl mit Fug und Recht fordernden Arbeitsgemeinschaft.

Dieser Wunsch geleite meinen Nachfolger, Herrn Kollegen Rachfahl, in sein nunmehr beginnendes Amtsjahr.

Verzeichnis der Geschenke.

1. Mensa academica:

Aus Vorträgen von Universitätslehrern und Zuwendungen von Gönnern und Freunden der Universität 68612 Mark.

2. Universitätsbibliothek:

Von den zahlreichen Geschenken, mit denen die Bibliothek auch im verflossenen Studienjahr bedacht wurde, seien nur die wichtigsten genannt:

Fünftausend Mark als Geschenk des Vereins der Freiburger Buchhändler,

Fünftausend Mark als Jubiläumstiftung des Bankhauses J. A. Krebs, Freiburg,

Dreitausendeinhundert Mark als Überschuß der in Freiburg veranstalteten Dantefeier von Herrn Geh. Rat Prof. H. Finke der Bibliothek zur Anschaffung von Danteliteratur überwiesen.

Eine große Reihe sehr wertvoller amerikanischer Zeitschriften, besonders aus dem Gebiete der Medizin und Naturwissenschaften, gestiftet von der Germanistic Society of America.

Zweiunddreißig Zeitschriften des Auslandes, aus allen Wissenschaftsgebieten, gespendet von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft.

Fräulein Thekla Baist überließ aus der Bibliothek ihres verstorbenen Bruders Geh. Hofrat Prof. Gottfried Baist alle diejenigen Werke, welche die Universitätsbibliothek noch nicht besaß, derselben als Geschenk, eine Gabe von ganz besonderem Wert, die zahlreiche, längst schmerzlich empfundene Lücken schließt, in erster Linie auf dem Gebiet der romanischen Philologie und hier vor allem im Bereich der spanischen Literatur und Sprache. Das Andenken des einstigen Besitzers bleibt mit dem Namen der hochherzigen Stifterin für die Universitätsbibliothek alle Zeit ehrenvoll verbunden.

Die Naturforschende Gesellschaft und der Historische Verein in Freiburg führen fort, der Bibliothek die Fortsetzungen der zahlreichen wertvollen von ihnen erworbenen Zeitschriften zu schenken.

3. Juristisches Seminar:

Von der Wagnerschen Universitäts-Buchhandlung hier eine wertvolle Bücherzuwendung.

4. Volkswirtschaftliches Seminar:

Von Herrn Universitäts-Buchhändler Momber hier eine wertvolle Bücherspende.

5. Versicherungswissenschaftliches Seminar:

Von Herrn Dr. Hermann Himmelsbach hier 1000 Mark.

6. Anatomisches Institut:

Größere Geschenke sind dem Institut zugegangen von Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Wiedersheim, von Herrn Major von der Helle, von der Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei, von der Ersten Deutschen Ramiegesellschaft in Emmendingen, von der Holzverkohlungs-Industrie in Konstanz, von der Mechanischen Buntweberei Brennet in Stuttgart und von früheren Schülern des Professors Wiedersheim.

7. Musikwissenschaftliches Seminar:

Die wertvolle Schenkung des Orgelbaumeisters Dr. Oskar Walcker in Ludwigsburg ist schon im Jahresbericht erwähnt. Weiter sind zu vermerken die Zuwendungen von Herrn Fabrikant Edwin Welte hier, vom Stadtrat hier, von Herrn Direktor Dr. Karl Richter in Pforzheim, von Herrn Heinrich Emden, Bankier in Frankfurt a. M., von Herrn Kommerzienrat Dr. Karl Pfeiffer in Stuttgart, von Herrn Fabrikant Fritz Hellige in Freiburg, von der Firma Gütermann & Co. in Gutach, von Herrn Fabrikant Dr. Fritz Reuther in Mannheim, von der Rheinischen Kreditbank in Mannheim, von der Firma Gebr. Himmelsbach hier, von Herrn Fabrikant Louis Grötzingler hier und Herrn Verlagsbuchhändler Walter Momber in Freiburg.

8. Physikalisches Institut:

Von der Firma Schott & Gen. in Jena, von der Firma C. H. F. Müller in Hamburg, von Herrn Walter Ehliis in Remscheid, von den Herren Schäffer und Rudenberg in Magdeburg, von der Firma Gebr. Himmelsbach hier und von den Land- und Seekabelwerken in Köln-Nippes.

9. Chemisches Laboratorium:

Es sind zu erwähnen die Schenkungen der Firma Schott & Gen. in Jena, der Porzellanfabrik Haldenwanger in Berlin, der Firma Gebr. Himmelsbach in Freiburg, der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf und der Firma H. Fuchs Söhne, Waggonfabrik in Heidelberg.

10. Mathematisches Institut:

Eine Anzahl Werke von Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Wiedersheim und Herrn Prof. Dr. Bolza.

11. Geologisches Institut:

Eine Reihe von Gesteinen und Fossilien von den Herren Prof. Dr. Meigen in Gießen, P. A. Padtberg in München, Berkhemmer in Stuttgart, Professor Göhringer in Karlsruhe und Dr. J. Abels hier.

12. Geographisches Institut:

Eine Anzahl Bücher, Karten, Zeitschriften usw. vom Deutschen Wissenschaftlichen Verein in Buenos-Aires, von den Herren Prof. Sapper in Würzburg, Geh. Hofrat Prof. Dr. Neumann hier, Prof. Meigen in Gießen, Dr. Maull in Frankfurt a. M., vom Deutschen Auslands-Institut in Stuttgart und von der Preußischen Landesaufnahme in Berlin.

13. Forstliche Versuchsanstalt:

Von der Badischen Landwirtschaftskammer.

14. Forstliches Institut:

Zuwendungen aus einer Spende japanischer Forstvereine; Stiftung des Prof. der Forstwissenschaft Dr. Koida an der Universität Sapporo in Japan, Zuwendung der Bad. Landwirtschaftskammer zur Unterstützung der forstlichen Lehrausflüge; endlich von den Haßlocher Pulverfabriken Übungsmunition für den jagdlichen Unterricht.

15. Forstzoologisches Institut:

Von Frau Bassermann-Scipio hier, von Frau Margarete Siegl in Schönberg, vom Herrn Grafen Bodman zu Bodman, von den Herren Studierenden der Forstwissenschaft Ebert, Fabricius, Gerwegk, Kirchgaeßner, Schweigler, Wagner und von den Forstämtern Forbach, Kirchzarten, Stühlingen und Wolfach.

Auch im verflossenen Studienjahr wurden der Gesamtuniversität zur Steuerung der wissenschaftlichen Not namhafte Geldspenden überwiesen: von der Waggonfabrik H. Fuchs-Heidelberg, vom Badischen Industrie- und Handelstag, von Herrn Carl Freudenberg-Weinheim, von der Zellstoffabrik Waldhof-Mannheim.